



PROTOKOLL

DER 5. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2026, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

<u>Datum, Zeit, Ort</u>	Donnerstag, 27. August 2026, 19:00 – 22:20 in der Aula Kirchacker, Neuhausen am Rheinfall
<u>Präsenz</u>	19 Einwohnerräte (ER): Fabian Bolli (GLP), Urim Dakaj (SP), Peter Fischli (FDP), Herbert Hirsiger (SVP), Arnold Isliker (SVP), Deborah Isliker (SVP), Melanie Knuchel (SP), Matthias Koch (GLP), Bernhard Koller (EDU), Thomas Leuzinger (SP), Dimitrij Ruh (SP), Roland Müller (Grüne), Nina Schärner (FDP), Christian Schenk (SP), Dr. Ernst Schläpfer (parteilos), Silvia Schlegel (die Mitte), Urs Schüpbach (parteilos), Marco Torsello (FDP), Isabella Zellweger (SVP) Gemeindepräsident (GP): Felix Tenger (FDP) Gemeinderäte (GR): Christian Di Ronco (die Mitte), Andreas Neuenchwander (SVP), Sabina Tektas-Sorg (SP), Marcel Zürcher (SP) Gemeindeschreiberin: Sandra Tanner (Gemeindeschreiberin) Aktuarin: Barbara Zanetti
<u>Vorsitz</u>	Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
<u>Entschuldigt</u>	Oliver Fessler (SVP)
<u>Protokoll</u>	Das Protokoll der letzten Sitzung vom 11. Juni 2026 wurde genehmigt und wird nun im Internet publiziert.

Mitteilungen

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 11. Juni 2026

1. Kleine Anfrage Nr. 2026.01 von Peter Fischli mit dem Titel: Substanz der Geschäftsberichte
2. Kleine Anfrage Nr. 2026.02 von Nina Schärner mit dem Titel: Umgang mit zunehmenden Hitzeperioden in Schulen, Kindergärten sowie Alters- und Pflegezentren der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall

Übrige beim Einwohnerrat liegende Geschäfte

Erheblich erklärte und noch nicht erledigte Motionen und Postulate

1. **Motion Nr. 2022.01 von Roland Müller** vom 21. Februar 2022 betreffend Definition von Grünflächen.
An der ER-Sitzung vom 12. Mai 2022 erheblich erklärt, Fristenerstreckung bis 31. Dezember 2024.



2. **Postulat Nr. 2022.05 von Fabian Bolli** vom 14. November 2022 mit dem Titel: Machbarkeit Ortsmuseum: Naturhistorische, industrielle und kulturelle Schätze Neuhausens zugänglich machen und in Wert setzen.
An der ER-Sitzung vom 2. März 2023 erheblich erklärt, Fristenstreckung bis 31. Dezember 2024.
3. **Postulat Nr. 2024.02 von Fabian Bolli** vom 16. September 2024 mit Titel «Beitritt zum Regionalen Naturpark auf zweite Betriebsphase prüfen».
An der ER-Sitzung vom 10. April 2025 als erheblich erklärt, Fristenstreckung bis 31. Dezember 2026.
4. **Postulat Nr. 2025.01 von Thomas Leuzinger** vom 10. März 2025 mit dem Titel: Einführung des 10-Minuten Taktes auf der Linie 7.
An der ER-Sitzung vom 15. Mai 2025 als erheblich erklärt.
5. **Postulat Nr. 2025.02 von Fabian Bolli** vom 10. März 2025 mit dem Titel: Busangebot an Abenden und am Wochenende verbessern.
An der ER-Sitzung vom 15. Mai 2025 als erheblich erklärt.
6. **Postulat Nr. 2025.03 von Roland Müller** vom 24. März 2025 mit dem Titel: Informative Tafel beim Berbiceweg.
An der ER-Sitzung vom 15. Mai 2025 als erheblich erklärt.
7. **Postulat Nr. 2025.05 von Roland Müller** vom 1. Dezember 2025 mit dem Titel: Erstellung eines Parkierkonzepts und Erlass einer Parkierverordnung für Neuhausen am Rheinfall.
An der ER-Sitzung vom 15. Januar 2026 als erheblich erklärt.
8. **Postulat Nr. 2026.01 von Ernst Schläpfer** vom 21. Januar 2026 mit dem Titel: Laufengasse.
An der ER-Sitzung vom 7. Mai 2026 als erheblich erklärt.

Pendente Kleine Anfragen

Keine pendenden kleinen Anfragen.

Der Einwohnerratspräsident Roland Müller begrüsst die anwesenden Einwohnerräte, Gemeinderäte, die Medien und Gäste zur 5. Einwohnerratssitzung des Jahres 2026.

ER-Präsident Roland Müller (Grüne)

Ich hoffe, Ihr konntet seit unserer letzten Sitzung Momente der Erholung, der Inspiration und vielleicht auch der persönlichen Bereicherung finden. Solche Zwischenzeiten geben uns Kraft, Klarheit und neuen Schwung für die gemeinsame Arbeit an den Anliegen unserer Gemeinde. Umso mehr freue ich mich, Sie heute herzlich zur 5. Sitzung des Einwohnerrats im Jahr 2026 begrüssen zu dürfen. Möge uns dieser Abend erneut Raum bieten für konstruktive Diskussionen, kluge Entscheidungen und eine Zusammenarbeit, die von Respekt und Engagement getragen ist.

Somit ist die Einwohnerratssitzung eröffnet.



Mitteilungen:

ER-Präsident Roland Müller (Grüne)

Mitteilung seitens Luka Vojinovic:

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident

Mein offizieller Rücktritt aus dem Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall erfolgte per 30. April. Mit etwas Verspätung melde ich mich nun auf diesem Weg bei Ihnen und möchte es nicht unterlassen, mich herzlich zu bedanken.

Ich danke Ihnen, den Mitgliedern des Einwohnerrates sowie allen Beteiligten für die lehrreiche Zeit und die stets gute und konstruktive Zusammenarbeit im Rat und ausserhalb. Die Erfahrungen, die ich in diesem Amt sammeln durfte, waren für mich sehr wertvoll.

Meiner Nachfolgerin wünsche ich viel Freude, Erfolg und Erfüllung in ihrem Amt.

Ich bitte Sie, dieses Schreiben an der nächsten Sitzung des Einwohnerrates zu verlesen.

Mit freundlichen Grüssen

Luka Vojinovic

Liebe Melanie

Ich freue mich sehr, dich Melanie als neue Einwohnerrätin begrüßen zu dürfen. Mit deinem Engagement und deiner Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, gewinnt unser Rat eine wertvolle Stimme.

Melanie, ich wünsche dir viel Erfolg, Freude und gutes Gelingen in deiner neuen Aufgabe. Neuhausen profitiert von Menschen wie dir, die sich aktiv für unsere Gemeinde einsetzen.

Vielen Dank

Traktandenliste

1. Bericht und Antrag betreffend Neubau Schulhausareal Gemeindewiesen GB Nr. 186.
2. Bericht und Antrag betreffend Kreditvorlage «Burgunpark 2026 plus» (kombiniert mit einem Pflegezentrum).
3. Bericht und Antrag betreffend Baurechtsabgabe des Grundstücks GB Nr. 2967 und eines Teilgrundstücks von GB Nr. 513 an die selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt Alterszentrum und Spitex der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall.
4. Bericht und Antrag betreffend Pensenerhöhung Technische Betriebe.
5. Bericht und Antrag betreffend Schaffung einer Stelle ICT-Koordination, Projektleitung und Digitalisierung.
6. Motion Nr. 2026.02 von Herbert Hirsiger vom 6. Mai 2026 mit dem Titel: Reglement zur punktuellen Videoüberwachung und Bussenkatalog.
7. Interpellation Nr. 2026.01 von Ernst Schläpfer vom 6. Mai 2026 mit dem Titel: Abstimmung
8. Neues Pflegezentrum der ÖRA « Altersheime und Spitex», Neuhausen.

Noch nicht verhandlungsbereit:

9. Bericht und Antrag betreffend Mehr Bus für Neuhausen am Rheinfall (Angebotskonzept 2030 der vbsh) inkl. Kommissionsbericht.

ER-Präsident Roland Müller (Grüne)

Wünscht jemand das Wort zur Traktandenliste?

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Ich habe nichts zur jetzigen Traktandenliste zu sagen, aber generell zur Traktandenliste.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Einmal mehr fällt mir auf, dass die Berichte und Anträge in unserer Traktandenliste immer an vorderster Stelle kommen. Das kommt natürlich auch auf Empfehlung des Gemeinderates. Aber ich möchte hier das Büro nochmals darauf aufmerksam machen, dass die Traktandenliste vom Büro und somit eigentlich vom Präsidenten gemacht wird. Das andere ist eine Empfehlung. Und zur heutigen Traktandenliste bin ich einverstanden. Aber ich möchte einfach wieder einmal darauf aufmerksam machen. Wir haben also absolut die Möglichkeit, die Traktandenliste zu ändern. Es kann nicht sein, dass gewisse Punkte immer nach hinten geschoben werden und nicht zur Behandlung kommen. Das als kleinen Hinweis. Dankeschön.

ER-Präsident Roland Müller (Grüne)

Dieser Input ist korrekt, also wir vom Büro, meistens Nina und ich. Also das Präsidium und das Vizepräsidium bekommen die Traktanden, besprechen diese. Aber es macht tatsächlich Sinn, zum Teil, dass die Berichte und Anträge von der Regierung oder vom Gemeinderat vorgezogen werden, vor allem wenn Abstimmungen anstehen. Aber grundsätzlich hast du absolut recht. Wir könnten unsere politischen Vorstösse vorziehen. Das Wort hat Felix Tenger.

GR-Präsident Felix Tenger (FDP)



Herr Präsident, meine Damen und Herren

Du hast bereits alles gesagt. Was ich einfach auch sagen will: wir machen einfach Vorschläge. Aber wir sind schon noch der Meinung, wenn es Berichte und Anträge gibt, vor allem die welche Volksabstimmungen auslösen, dass sie wirklich Priorität haben sollten. Genau aus diesen Gründen haben wir diese vorne angesetzt. Bericht und Anträge, das ist auch im Kantonsrat so, das kennst du Roland und auch Nina. Auch dort kommen die Bericht und Anträge der Regierung zuerst und dann gibt es Motionen, Postulate, Interpellationen anschliessend. Das ist der Vorschlag, den wir ans Büro geben. Selbstverständlich kann das Büro dann entscheiden, wenn sie es anders haben möchten.

ER-Präsident Roland Müller (Grüne)

Natürlich steht es den Einwohnerräten offen, uns eine E-Mail zu schreiben, falls sie sehen, dass es ganz wichtig ist, dass ein Postulat vorgezogen wird. Aber danke für den Input. Ich gebe das Wort an Bernhard Koller.

ER Bernhard Koller (EDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Einwohnerräte, sehr geehrte Presse, sehr geehrte Gäste

Ich habe einen Auftrag erhalten, folgende Antrag zu stellen, um die Geschäftseffizienz zu steigern. Es geht darum, die Traktanden Nummer 2 «Kreditvorlag Burgenpark» und 3 «Bericht und Antrag Baurechtsabgabe» zusammenzunehmen. Da es um verwandte Themen geht, mit demselben Objekt und mit derselben Ausgangsbasis, ist es sinnvoll und noch effizienter, wenn wir die 2 Traktandenpunkte zusammennehmen.

ER-Präsident Roland Müller (Grüne)

Bernhard Koller stellt einen Antrag, wie gesagt, dass die Traktanden 2 und 3 zusammengenommen werden. Gibt es Positionen dazu? Das Wort hat Ernst Schläpfer.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Ich darf sie höflich bitten, geschätzte Kollegen und Kolleginnen diesen Antrag abzulehnen. Das sind zwei verschiedene Geschäfte. Es sind zwei Volksabstimmungen, die hier nicht miteinander sondern unabhängig voneinander laufen. Es macht keinen Sinn, dass wir im Einwohnerrat zwei Geschäfte zusammennehmen, wenn draussen zwei Abstimmungen notwendig sind.

ER-Präsident Roland Müller (Grüne)

Ich persönlich teile diese Position. Meiner Meinung nach sind das wirklich zwei unterschiedliche Bericht und Anträge. Ich frage trotzdem die Regierung: hat sie da eine Position dazu? Felix Tenger hat das Wort.

GR-Präsident Felix Tenger (FDP)

Ich bin noch nicht so häufig als Regierung bezeichnet worden. Vielen Dank. Wir können mit beiden leben. Es ist so, es gibt es 2 Volksabstimmungen. Es gibt es 2 Volksabstimmungen mit 2 entsprechenden Zettel zum Ausfüllen. Das ist an euch, ob ihr es miteinander oder nacheinander macht, aber wenn ihr es miteinander macht, wird man es wahrscheinlich nacheinander behandeln müssen, also das eine nach dem anderen. Wie ihr möchtet, für uns spielt es keine Rolle.

ER-Präsident Roland Müller (Grüne)

Gibt es Wortmeldungen? Und sonst stimmen wir ab.



Also, Bernhard Koller hat einen Antrag gestellt, dass die Traktanden 2 und 3 zusammen diskutiert werden. Wer diesen Antrag unterstützen will – also diskutiert werden sowieso beide, das ist ganz klar –, aber wer die beiden Anträge noch mehr verknüpfen will, zeigt das bitte durch Handerheben.

Wer ist gegen die Traktandenänderung, also gegen die Traktandenliste, wie sie verschickt wurde? Wir zeigen das bitte durch Handerheben.

Der Antrag wurde mit 12 zu 2 bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

**Traktandum 1****Bericht und Antrag betreffend Neubau Schulhausareal Gemeindewiesen GB Nr. 186.**

Zuständiger GR: Christian Di Ronco

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst dem zuständigen GR Christian Di Ronco.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Gäste

Mit dem vorliegenden Projekt liegt das Ergebnis der vom Einwohnerrat in Auftrag gegebenen Planung vor. Die Vorlage setzt jene Anforderungen um, die der Einwohnerrat hinsichtlich Schulraum, Sportinfrastruktur und Tagesbetreuung definiert hat. Sie schafft die Voraussetzungen, um den Bedürfnissen von Schule, Familien und Vereinen langfristig gerecht zu werden.

Das neue Schulhaus schafft die räumlichen Voraussetzungen für eine moderne Oberstufe, die den pädagogischen Anforderungen von heute gerecht wird. Lernlandschaften, Inputräume, Fachzimmer und Gruppenräume ermöglichen einen Unterricht, der sowohl strukturiert als auch flexibel ist und die Jugendlichen optimal auf ihren Bildungs- und Berufsweg vorbereitet. Die Konzentration der gesamten Oberstufe am Standort Gemeindewiesen stärkt die Qualität des Unterrichts und erhöht die Attraktivität des Schulstandorts nachhaltig.

Ein zusätzlicher Mehrwert entsteht durch die Tagesstruktur, die mit dem Neubau einen zweiten notwendigen dezentralen Standort erhält. Sie ist heute ein verbindlich erwarteter Bestandteil des Bildungswesens und trägt wesentlich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Chancengerechtigkeit bei. Das eigenständige Gebäude erlaubt eine klare Trennung zwischen Unterricht und Betreuung und schafft Räume, die gezielt auf Aufenthalt, Verpflegung, Freizeit und individuelle Förderung ausgerichtet sind; der geschützte Aussenbereich bietet den Kindern einen sicheren und anregenden Raum.

Die Dreifachturnhalle erfüllt die Vorgaben des Bundesamts für Sport und deckt den Bedarf des Schulsports vollständig ab. Darüber hinaus bietet sie einen grossen Mehrwert für den Vereinssport: mehr Hallenkapazität, bessere Trainingszeiten, moderne Infrastruktur für Veranstaltungen, hindernisfreie Zugänge und eine direkte Anlieferung. Damit wird die Halle zu einem wichtigen Baustein für das Neuhauser Vereinsleben und stärkt die Gemeinde als Sport- und Freizeitstandort.

Die Grobkostenschätzung des Siegerprojekts lag bei Fr. 38,5 Mio. mit einer Kostengenauigkeit von $\pm 25\%$. Die nun vorliegenden Projektkosten von rund Fr. 49,9 Mio. liegen innerhalb dieser Bandbreite und entsprechen dem erwartbaren Rahmen eines Studienauftrags. Die zusätzliche Kostensteigerung ist klar begründet und beruht auf objektiven, externen Faktoren: dem aufwendigen Felsabbau gemäss geologischem Gutachten, dem Mehraufwand in der Baustatik aufgrund der Felsvorkommen und der notwendigen Gegenmassnahmen gegen Gebäudeauftrieb, der grösseren PV-Anlage infolge des neuen Energiegesetzes, der Schutzraumanlage mit 105 Plätzen sowie der Bauteuerung seit der Grobkostenschätzung. Diese Positionen sind nicht durch eine Überdimensionierung des Projekts verursacht, sondern durch gesetzliche Vorgaben, geologische Verhältnisse, Sicherheitsanforderungen und die Teuerung.

Mit der Ausarbeitung des Vorprojekts wurde die Kostengenauigkeit zunächst auf $\pm 15\%$ reduziert. Aufgrund der ausserordentlich detaillierten Planung aller Fachbereiche hat die Planungskommission entschieden, die Kostengenauigkeit weiter auf $\pm 10\%$ zu verbessern. Damit liegt das Projekt heute deutlich präziser als vergleichbare Vorprojekte und zeigt die hohe Qualität der Planung.

Der Gemeinderat dankt der Planungskommission ausdrücklich für ihre sorgfältige, fachlich fundierte und lösungsorientierte Arbeit. In enger Zusammenarbeit mit den Nutzenden und den



Fachplanern wurde das Projekt weiterentwickelt, optimiert und die Kosten transparent und präzise ermittelt. Dieses grosse Engagement verdient Anerkennung und Respekt.

Die Frage, die wir heute beantworten, lautet letztlich nicht nur, ob wir ein Schulhaus bauen wollen. Die eigentliche Frage ist, welche Rahmenbedingungen wir der nächsten Generation, unseren Familien und unserem Vereinsleben bieten wollen.

Mit diesem Jahrhundertprojekt und einem Investitionsvolumen von rund 50 Millionen Franken investiert die Gemeinde erstmals und voraussichtlich einmalig in dieser Grössenordnung nachhaltig in Bildung, Betreuung und Sport. Damit investieren wir gezielt in die Zukunft unserer Kinder, in die Attraktivität unseres Bildungsstandorts sowie in die Lebensqualität unserer Gemeinde. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass dieser Schritt für Neuhausen am Rheinfall richtig und zukunftsweisend ist und dass sich diese Investition langfristig zum Nutzen unserer Gemeinde und ihrer Bevölkerung auszahlen wird.

Aus diesen Gründen empfiehlt der Gemeinderat dem Einwohnerrat, auf die Vorlage einzutreten und dem beantragten Bruttokredit von Fr. 49'986'000.– zuzustimmen.

Besten Dank.

ER Isabella Zellweger (SVP)

Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende, geschätzte Gäste

Die SVP/EDU Fraktion hat den Bericht und Antrag betreffend Neubau Oberstufenschulhaus mit Dreifachturnhalle und Tagesstruktur 8212 Neuhausen am Rheinfall, auf dem Schulhausareal Gemeindewiesen gelesen und wird diesem zustimmen.

Das vorliegende Projekt wurde dem Einwohnerrat in der Sitzung vom 12. Juni 2025 schon mal vorgelegt und es wurde eine 7er Kommission eingesetzt, um Details und Fragen zu beantworten. Am 3. Juli wurde in der Kommission beschlossen, ein Schulhausgebäude mit 10 Schulzimmern und eine Dreifachturnhalle zu realisieren.

Nun liegt uns das Projekt Schulhaus mit Dreifachturnhalle und Dachstruktur auf dem Areal Gemeindewiese vor.

Im Moment habe wir 2 Standorte für die Oberstufenschülerinnen und Schüler. Die Sekundarstufe befindet sich im Rosenberg Schulhaus und die Realschule im Schulhaus Gemeindewiesen 2. In Zukunft werden alle Schülerinnen und Schüler von der Oberstufe an einem Standort zur Schule gehen und werden nach ihren Stärken gefördert.

Das Projekt gefällt uns gut, obwohl ich persönlich vom Minergie-Standard noch nicht so überzeugt bin.

Weshalb der Bau jetzt doch ein bisschen teurer geworden ist, hat uns ja Christian Di Ronco gerade erklärt.

Was uns aber noch interessieren würde, ist:

Das Gebäude wird an die Fernwärme angeschlossen. Kann man dieses System auch für eine interaktive Kühlung verwenden? Und was passiert mit dem Regenwasser? Ist eine Verwendung vom Regenwasser angedacht?

ER Marco Torsello (FDP)

Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzter Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Die FDP-Fraktion beurteilt das vorliegende Projekt «FULL HOUSE» grundsätzlich sehr positiv. Der Gemeinderat legt ein durchdachtes, zukunftsgerichtetes Gesamtprojekt vor, das weit mehr ist als die blossе Schaffung zusätzlichen Schulraums. Mit Lernlandschaften und Inputräumen, Fach- und Gruppenräumen, Räumen für Förderung, Schulleitung und Schulsozialarbeit, einer Dreifachturnhalle, einer Tagesstruktur sowie einer Schutzraumanlage entsteht auf dem Areal Gemeindewiesen eine moderne Bildungsinfrastruktur, die sehr unterschiedliche Bedürfnisse unter einem Dach beziehungsweise auf einem gemeinsamen Areal zusammenführt.



Aus freisinniger Sicht ist eine leistungsfähige Schule eine Investition in die Zukunft und zugleich ein wichtiger Standortfaktor für Neuhausen am Rheinfall. Gute Bildung schafft Chancen, stärkt Eigenverantwortung und bereitet junge Menschen auf Beruf, weiterführende Schulen und ein selbstbestimmtes Leben vor. Genau hier überzeugt das pädagogische Konzept: Bewährter geführter Unterricht wird mit selbstständigem Arbeiten in Lernlandschaften kombiniert. Damit schafft das Projekt räumliche Flexibilität für heutige und künftige Unterrichtsformen. Auch die Konzentration der Oberstufe an einem Standort und die Möglichkeit, auf zukünftige schulorganisatorische Entwicklungen reagieren zu können, erachten wir als vorausschauend. So gesehen können wir sagen: «Neuhausen isch parat»

Gleichzeitig gehört zu liberaler Politik auch ein sorgfältiger Umgang mit Steuergeldern. Der ursprünglich grob geschätzte Projektumfang von rund 38,5 Mio. Franken ist inzwischen deutlich angewachsen. Die aktuelle Baukostenschätzung beträgt rund 46,0 Mio. Franken; nach Abzug des bereits bewilligten Planungskredits und unter Einrechnung einer Kostenreserve von 10 Prozent beantragt der Gemeinderat einen Bruttokredit von rund 50,0 Mio. Franken. Bei einer Investition dieser Grössenordnung ist es für die FDP nicht nur legitim, sondern unsere Pflicht, Nutzen, Dimensionierung und Kosten nochmals sorgfältig zu prüfen. Das ist kein Misstrauensvotum gegenüber dem Projekt, sondern verantwortungsvolle Finanzpolitik.

Besonderen Klärungsbedarf sehen wir nämlich bspw. bei der Tagesstruktur. Für deren Gebäude sind rund 5,5 Mio. Franken veranschlagt – damit macht dieser Teil einen erheblichen Anteil der Gesamtinvestition aus. Die gesamte Tagesstruktur kostet somit rund 30,7 % des eigentlichen Schulgebäudes: Also 5,587 Mio. für die Tagesstruktur gegenüber 18,725 Mio. des Schulgebäudes. Das ist für ein Nebenprojekt eine erhebliche Investition. Auch im Vergleich zu früheren Schulbauprojekten sehen wir einen Klärungsbedarf. Immerhin ist die geplante Tagesstruktur gleich teuer wie der Doppelkindergarten Rhenania und der Doppelkindergarten Charlottenfels zusammen. Wir möchten nachvollziehen können, auf welchen Bedarfs- und Belegungszahlen die vorgesehene Kapazität basiert, für welche Schulstufen das Angebot konkret vorgesehen ist und wie die Planung mit der aktualisierten Schülerzahlprognose zusammenpasst. Wenn wir richtig informiert sind, so bietet bspw. die Tagesstruktur im Kirchacker Platz für rund 100 Schülerinnen und Schüler. Wenn man von ähnlichen Zahlen für das Gemeindewiesen ausgeht, dann entsprächen die geplanten Tagesstrukturausgaben 56'000.- Fr an Investitionskosten pro Platz. Bei 80 Plätzen wären es sogar 70'000.- Fr pro Platz. Der Bericht hält selbst fest, dass frühere Wachstumsannahmen betreffend Schülerzahlen nach unten korrigiert wurden und für 2030 aktuell mit rund 1'300 Schülerinnen und Schülern gerechnet wird. Ebenso stellt sich für uns die Frage, wie sich diese Investition auf die weiterhin bestehende Diskussion um Tagesstrukturen an anderen Standorten – insbesondere im Quartier Rosenberg – auswirkt. Wir unterstützen Tagesstrukturen ausdrücklich als Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf; gerade deshalb sollen Angebot, Standort und Dimensionierung langfristig bedarfsgerecht und für die Gemeinde wirtschaftlich sein.

Auch beim Raumprogramm möchten wir einzelne Punkte vertieft betrachten. Vorgesehen sind unter anderem zwei Fachzimmer Natur und Technik. Hier interessiert uns, ob diese als Halbklassen- oder als vollwertige Klassenlabore konzipiert sind und welche Nutzungskapazität damit geschaffen wird. Gleichzeitig nennt das pädagogische Konzept ausdrücklich das Fach Wirtschaft, Arbeit, Haushalt, während im aufgeführten Raumprogramm kein separates WAH-Fachzimmer beziehungsweise keine Schulküche ausgewiesen ist. Da auf dem Areal bereits Schulküchen bestehen und künftig die gesamte Oberstufe am Standort Gemeindewiesen konzentriert werden soll, möchten wir wissen, wie dieser Unterricht organisatorisch und räumlich vorgesehen ist und ob innerhalb des Raumprogramms allenfalls Optimierungen oder sinnvolle Verschiebungen möglich wären. So wäre es ja auch denkbar, dass die Tagesstruktur, die ja vorwiegend von jüngeren Kindern benutzt wird, in die bisherigen Räumlichkeiten der bestehenden Schulküchen integriert werden könnte und dafür Schulküchen, welche explizit Teil des Oberstufenunterrichts darstellen, in das Hauptgebäude integriert würden. Nebst klarer räumlicher Trennung zwischen



Primar- und Oberstufenklassen liessen sich durch diese Rochade möglicherweise deutlich Kosten einsparen.

Aus diesen Gründen begrüsst die FDP-Fraktion die Einsetzung einer Kommission. Dabei möchten wir eines ausdrücklich festhalten: Eine Kommissionsberatung soll dieses Projekt weder torpedieren noch verhindern oder unnötig verzögern. Unser Ziel ist, offene Fragen frühzeitig zu klären, mögliche Optimierungen oder Alternativen zu prüfen und damit die politische und finanzielle Tragfähigkeit des Projekts zu stärken. Ein Nein vom Volk wegen zu hoher Kosten wäre nämlich fatal.

Die FDP tritt auf das Geschäft ein.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Gemeinderäte, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Gemeinderatsschreiberin, geschätzte Gäste

Ja, auch wir danken ganz herzlich für die Vorlage. Auch wir möchten sie nicht torpedieren. Aber auch wir haben noch ein paar Fragen. Ich könnte jetzt einfach das, was Marco gesagt hat, noch einmal vortragen. Aber es sind auch solche Fragen, die wir stellen wollen. Und das kann man auch zusammen mit einem Generalunternehmer besprechen.

Man kann auch sagen, es ist ja eigentlich nur der Schutzraum zusätzlich gegenüber der ersten Vorlage eingebracht worden.

Warum kostet das jetzt plötzlich so viel mehr? Ein paar Begründungen, sind heute genannt worden.

Oder man könnte auch fragen, welche Möglichkeiten – oder warum wurden denn die Möglichkeiten für Kosteneinsparungen, welche durchaus verhandelbar waren, nicht wahrgenommen?

Ich war ja in der Kommission als Vertreter des Einwohnerrats. Warum sind die nicht wahrgenommen worden?

Und darum stellen wir den Antrag, auf eine Kommission. Und wir bitten Sie ganz höflich: Wenn eine Kommission beantragt wird, weil Fraktionen Fragen haben, dann betrachten sie das bitte nicht als Verhinderung des Projekts, auch nicht als Verzögerung des Projektes, sondern als fachlich kompetente Auskunft an uns Einwohnerräte, und stimmen Sie dieser Kommission zu.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende

Wir haben kein Vorum vorbereitet, wir werden das in der Kommission tun. Es wird in eine ähnliche Richtung gehen wie das bereits genannte.

Ich würde auch sagen, das ist jetzt ein Ordnungsantrag im Sinne der Bildung einer Kommission. Stimmen wir ab, und alles andere kann in der Kommission geklärt werden. Danke.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Da muss ich jetzt aber trotzdem etwas dazu sagen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Also nichts gegen die Kommission. Ich habe auch noch ein paar Fragen, nur eines ist natürlich verwunderlich: Wir haben vor rund einem Jahr eine 7er-Kommission gehabt. Warum wurden diese Fragen, die jetzt so gestellt wurden, dort nicht gestellt? Dort war eigentlich der richtige Platz dafür, um das zu stellen.

Ich habe nichts dagegen, wenn wir eine Kommission machen. Ich werde mich der Stimme enthalten. Aber ich finde es schon etwas fragwürdig, dass man jetzt nochmals auf Punkte zurückkommt, die wir vor einem Jahr ganz ausdrücklich durchgenommen und einzeln diskutiert haben. Dankeschön.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Ich gebe das Wort noch Christian Di Ronco, dann Stimmen wir über die Kommission ab.



GR Christian Di Ronco (di Mitte)

Eben, grundsätzlich muss das Eintreten gemacht werden. Und soweit ich das verstanden habe, ist das Eintreten beschlossen, und jetzt muss über den Antrag der Kommission abgestimmt werden. Die Einsetzung einer Kommission ist einfach kein Ordnungsantrag, bei dem die Diskussion abgebrochen werden muss. Da musst du deine Geschäftsordnung durchlesen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag auf Einsetzung einer 7er-Kommission zustimmen möchte, hebe bitte die Hand.
Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.
Enthaltungen

Sie haben den Antrag mit 13 Stimmen zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Die Mitglieder der Kommission sind:

Herbert Hirsiger (SVP – Kommissionspräsident)

Isabella Zellweger (SVP)

Melanie Knuchel (SP)

Christian Schenk (SP)

Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Silvia Schlegel (GLP)

Marco Torsello (FDP)

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2

Bericht und Antrag betreffend Kreditvorlage «Burgunpark 2026 plus» (kombiniert mit einem Pflegezentrum).

Zuständiger GR:

Gemeinderatspräsident Felix Tenger

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst dem zuständigen Gemeindepräsident Felix Tenger.

Gemeinderatspräsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Die Burgunwiese. Wieder eine Vorlage, bei der wir hoffen, dass es die letzte Vorlage ist, die wir dem Parlament einbringen.

Die Stimmbevölkerung hat am 14. Juni dieses Jahres eine Verfassungsänderung angenommen, wo sie sich gewünscht hat, dass ein Park und das Pflegezentrum auf der Burgunwiese entstehen sollen. Wir haben uns jetzt relativ schnell an die Arbeit gemacht und das Resultat liegt Ihnen jetzt vor, in Form von zwei Vorlagen. Einerseits für die Gestaltung des Burgunparks und andererseits mit dem Bericht und Antrag bezüglich Baurechtsabgabe an die selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt.

Den Park werde ich Ihnen vorstellen. Zu der Baurechtsabgabe wird beim nächsten Traktandum Christain Di Ronco sprechen.

Bei der Parkvorlage ist der Perimeter klar, dieser ist in der Verfassung mit 9500 m² festgelegt. Das ist auch der Auftrag an die Planer gewesen. Und wie sind wir vorgegangen: vor knapp einem Jahr haben wir die Parkvorlage zur Abstimmung gebracht, bei der wir der Meinung waren, und immer noch sind, dass sie sehr viele Qualitäten hatte. Das hat auch die Mehrheit dieses Parlaments so empfunden.

Das ist auch in einem sehr weiten Mitwirkungsprozess gemacht worden: über einen längeren Zeitraum hinweg wurden verschiedene Workshops gemacht und eine Partizipation.

Wir sind wirklich der Meinung, dass im Park sehr viele Qualitäten enthalten waren und die wollten wir erhalten und haben versucht diese in dieses Perimeter zu bringen.

Das war insofern etwas einfacher als beim ursprünglichen Projekt, welches abgelehnt worden ist, da dort auch die Parkplätze immer ein Thema waren. Diese beanspruchten ein paar hundert Quadratmeter, die haben wir nun nicht mehr gebraucht.

Ansonsten haben wir klar gesagt, was der Auftrag ist: die gleichen Qualitäten wie im alten Projekt zu erhalten, aber vor allem die Rahmenbedingungen, die mit der Bevölkerung erarbeitet worden sind, umzusetzen: also die grüne Lunge, Mehrzweckflächen, sicher auch die Stadt- und Waldzimmer, welche wir sehr gut gefunden haben.

Auch vom Anspruch her, dass man von der Zentralstrasse her zuerst Stadtzimmer hat und dann die grüne Lunge und dahinter dann die Waldzimmer kommen, gefällt uns nach wie vor sehr gut, und wir sind auch nach wie vor der Meinung, dass wir die Stadtzimmer ohne weiteres in Neuhausen am Rheinfall wagen können.

Dann haben wir attraktive Spielplätze. Diese haben sich von der Grösse ja nicht verändert, aber sind etwas anders aufgeteilt worden.

Wir haben nach wie vor Wasser. Hier haben wir jetzt auch in diesem Sommer gesehen, dass das immer wichtiger wird, und wir haben selbstverständlich auch gute Zugänglichkeit mit zwei entsprechenden Zugängen. Der eine ist via Pflegezentrum, der andere ist von der anderen Seite her zugänglich.



Und natürlich ganz wichtig, das war auch der Wunsch der Bevölkerung, nämlich eine Kombination mit dem Pflegezentrum. Dies haben wir einerseits versucht zu erreichen, indem wir den Aussenraum des Pflegezentrums so erschlossen haben, dass alles wie eine Einheit wirkt. Also nicht zwei Solitäre, sondern es soll wirklich als Einheit wirken und sich entsprechend ergänzen.

Dazu gibt es entsprechende Schnittstellen wie die Cafeteria. Wir haben die Überzeugung, dass dies für beide Seiten ein Gewinn ist, einerseits für das Pflegezentrum: die älteren Leute, die dort sitzen, können andere Gesichter sehen, und die Eltern, die in der Cafeteria einen Kaffee trinken, können dann ihren Kindern zuschauen, wenn sie am Spielen sind.

Das Nutzungskonzept und das Ökologiekonzept, ich habe es gesagt, das ist von der Qualität her fast identisch zu der Vorlage, welche wir im letzten Jahr hier diskutiert haben, da muss ich ihnen nicht mehr näher vorstellen. Hier gab es auch eine Kommission, welche sich sehr intensiv damit auseinandergesetzt hatte.

Ein wichtiger Punkt waren selbstverständlich die Kosten. Die sind tiefer geworden. Wir haben also die gleichen Qualitäten, aber zum tieferen Preis.

Den Zeitplan haben wir so konzipiert, weil wir ihn aufgrund der Parkierung entsprechend gestalten mussten. Das ist ja ein grosses Thema gewesen: Wo können denn die Rheinfall-Touristen alle hingehen?

Wir wollten die Parkierung parallel zur Entwicklung am Nohldeck umsetzen. In Nohl ist der Kanton intensiv daran, ein Parkdeck mit 350–400 Parkplätzen zu planen.

Dieses wird 2030/31 erstellt werden. Wir haben versucht, hier parallel vorzugehen. Bis dahin würden weiterhin gewisse Teile der Burgunwiese freigehalten werden. Ab 2031 sollte dann gewährleistet sein, dass das Nohldeck entsteht und wir anschliessend die Eröffnung des Parks und des Pflegezentrums feiern können.

Wir sind klar der Meinung, dass wir mit diesen beiden Projekten, wie sie jetzt vorliegen, einen deutlichen Mehrwert schaffen können. Einerseits mit einem tollen Park bis zu, mit einer grünen Lunge für die Bevölkerung, aber wir sind auch überzeugt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner künftig das Anrecht auf ein modernes, zeitgemässes Pflegezentrum haben, und zwar zu einem guten Preis.

Da heisst es auch, die Taxen werden anschliessend nicht ungebührlich ansteigen.

Und last but not least auch die Parkierung, welche wir schon wichtig finden, wird angegangen. Wer am letzten Wochenende wieder im Zentrum gewesen ist, der hat gesehen es ist brutal wie viele Touristen sich durchs Zentrum durchwälzen: mit Velo, mit Car, mit Auto.

Und da sind wir sicher der Meinung, so können wir das Thema klären und lösen.

Wir sind also der Meinung, dass dies eine sehr gute Vorlage ist, die alles abholt, was die Bevölkerung sich gewünscht hat. Einen Park und eben im nächsten Traktandum das Pflegezentrum, und eben auch die Parkierung ist gelöst.

Vielen Dank.

ER Christian Schenk (SP)

Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder des Gemeinderats, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste und Medienvertretende

Die SP/Grüne-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht und Antrag und begrüsst natürlich die Absicht, die Burgunwiese zu einem attraktiven und öffentlich zugänglichen Park aufzuwerten. Eine solche Grünanlage kann für Neuhausen am Rheinfall einen grossen Mehrwert schaffen: als Begegnungsort, als Erholungsraum und als Beitrag zu einem lebenswerten Ortszentrum.



Infolge der Abstimmung vom 14. Juni 2026 ist aus der Idee des Burgunparks eine neue Idee – nämlich Park und Altersheim – entstanden. Der vorliegende Bericht und Antrag greift auf die Mitwirkung der Bevölkerung im Rahmen der Idee «Burgunpark» zurück und nimmt die damals daraus resultierenden Elemente auf. Der «Luxuspark» wird nun einfach räumlich kleiner gestaltet. Im Bericht und Antrag wird jedoch mit keinem Wort auf die nachbarschaftliche Verbindung von Park und Altersheim eingegangen. Allfällige Nutzungskonflikte werden nicht thematisiert. Kantonal haben wir diesbezüglich ein bereits perfekt inszeniertes Spektakel in Stein am Rhein miterleben dürfen, als man beabsichtigte, einen Pumptrack in angrenzende Nähe zu Alterswohnungen zu bauen.

Der vorliegende Bericht und Antrag lässt aus unserer Sicht daher verschiedene Fragen zur konkreten Ausgestaltung und Nutzung offen. Diese Fragen sollten nicht erst nach dem politischen Grundsatzentscheid oder während der Umsetzung geklärt werden. Sie verdienen eine sorgfältige, parteiübergreifende Diskussion.

Dabei geht es beispielsweise um folgende Punkte:

Wie wird mit Open-Air-Veranstaltungen und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Nachbarschaft umgegangen? Was verstehen die verschiedenen Anspruchsgruppen unter OpenAir-Event? Wie viele solcher Anlässe sollen dort jährlich durchgeführt werden können? Gibt es eine Beschränkung? (Auch hier hat man diese Woche den Schaffhauser Nachrichten Leserbriefes rund um den Schaffhauser Herrenacker und dessen Belebung entnehmen dürfen.)

Ist der vorgesehene Spielplatz in unmittelbarer Nähe des Altersheims am vorgesehenen Standort an sinnvollsten Ort, und wie können die Bedürfnisse der Kinder, der Familien sowie der Bewohnerinnen und Bewohner des Altersheims miteinander in Einklang gebracht werden?

Wie werden die Gehwege ausgestaltet, damit der Park auch für Menschen mit Rollatoren, Rollstühlen oder anderen Mobilitätseinschränkungen sicher und möglichst selbstständig nutzbar ist?

Welches Mass an Versiegelung ist für die hindernisfreie Erschliessung erforderlich, und wie lässt sich dieses mit ökologischen Anforderungen vereinbaren?

Welche weiteren Nutzungen (z.B. Verpflegungsangebote) sollen im Park möglich sein, und wie können mögliche Konflikte bereits bei der Planung berücksichtigt werden?

Wie soll die grosse Fläche an frei bespielbarer Wiese genutzt werden? Was ist dort die Idee dahinter?

Wie werden Sicherheit, Beleuchtung und öffentliche Infrastruktur wie z.B. Wickeltische, genderdiverse und behindertengerechte Toilettenanlagen geregelt?

Warum soll der Park erst ab dem Jahr 2030 realisiert werden?

Diese Fragen sprechen nicht grundsätzlich gegen das Projekt. Im Gegenteil: Ihre frühzeitige Klärung kann dazu beitragen, dass – wir wiederholen uns – ein überzeugender und breit abgestützter Park entsteht. Die SP/Grüne-Fraktion beantragt deshalb die Einsetzung einer 7er-Kommission. Diese soll die offenen Punkte vertieft prüfen, mit dem Gemeinderat und den zuständigen Fachstellen besprechen. Ein Park auf der Burgunwiese kann zu einem Gewinn für ganz Neuhausen am Rheinfall werden. Damit dieses Potenzial tatsächlich ausgeschöpft wird, braucht es neben einer guten gestalterischen Idee auch eine sorgfältige politische Diskussion über Nutzung, Zugänglichkeit, Ökologie und das Zusammenleben der verschiedenen Anspruchsgruppen.



Unser Anliegen ist ausdrücklich nicht, das Projekt unnötig zu verzögern. Wir möchten vielmehr erreichen, dass die wesentlichen Fragen vor der Umsetzung verbindlich geklärt werden und die politischen Parteien gemeinsam Verantwortung für die gefundenen Lösungen übernehmen können. Eine Kommission bietet den geeigneten Rahmen, um unterschiedliche Interessen abzuwägen, Missverständnisse auszuräumen und einen möglichst breiten Konsens zu schaffen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Fraktion SP/Grüne, der Einsetzung einer Kommission zuzustimmen. Wir erwarten die Zustimmung der anderen Parteien – insbesondere bei einem Bauvorhaben, welches erst in einigen Jahren angegangen werden soll. Auch hier ist es – ich zitiere hier die FDP – «unsere Pflicht, den Nutzen und die Wirkung des Parks sorgfältig zu prüfen. Eine Kommissionsberatung soll dieses Projekt weder verhindern noch verzögern.» Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Zustimmung.

ER Nina Schärer (FDP)

Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Dame und Herren Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste

Ein weiteres Mal sprechen wir über die Zukunft der Burgunwiese. Inzwischen zeichnet sich jene Lösung ab, für welche sich die FDP von Anfang an eingesetzt hat: ein grosszügiger öffentlicher Park in Kombination mit einem zeitgemässen Pflegezentrum.

Der demokratische Auftrag ist seit der Volksabstimmung vom letzten Juni klar. Nun liegt es an uns, diesen verantwortungsvoll und wirtschaftlich umzusetzen.

Die vorliegende Parkgestaltung baut auf einem Konzept auf, das unter breiter Mitwirkung der Bevölkerung entwickelt, ausführlich diskutiert und vom Einwohnerrat bereits genehmigt wurde. Die zentralen Fragen sind bekannt und die Änderungen gegenüber der früheren Vorlage transparent ausgewiesen. Eine einwohnerrätliche Kommission würde aus unserer Sicht deshalb keinen wesentlichen Erkenntnisgewinn bringen.

Die neue Vorlage beantwortet zudem die beiden zentralen Kritikpunkte, die bei der Abstimmung von 2025 im Raum standen: die hohen Kosten und die fehlende Kombination mit dem Pflegezentrum.

Die wesentlichen Qualitäten des Parks bleiben erhalten: attraktive Grünflächen, schattenspendende Bäume, Spielmöglichkeiten, Begegnungsorte, Wasserangebote und Raum für Erholung. Mit mindestens 9'500 Quadratmetern entsteht weiterhin ein grosszügiger öffentlicher Park für die gesamte Bevölkerung.

Gleichzeitig sinken die Kosten deutlich. Während der 2025 abgelehnte Parkkredit 4,65 Millionen Franken betragen hätte, kostet die neue Vorlage 3,15 Millionen Franken. Das sind 1,5 Millionen Franken oder rund ein Drittel weniger.

Diese Einsparung wird erreicht, ohne auf die zentralen Qualitäten des Parks zu verzichten. Sie entsteht insbesondere durch die sinnvolle Verbindung mit dem Pflegezentrum. So muss kein separater Pavillon mit Bistro über den Parkkredit finanziert werden, weil die entsprechende Infrastruktur im Pflegezentrum integriert ist. Statt doppelter Infrastruktur entsteht eine gemeinsame Nutzung mit einem höheren Gesamtnutzen.

Die FDP-Fraktion unterstützt den Kredit für den Burgunpark 2026 plus und dessen Finanzierung aus dem Gemeindeentwicklungsfonds. Dabei ist für uns klar: Auch Mittel aus einem Fonds sind öffentliche Gelder und müssen sorgfältig eingesetzt werden. Gerade deshalb überzeugt uns eine Vorlage, die deutlich günstiger ist als das frühere Projekt und gleichzeitig Park und Pflegezentrum zu einer funktionierenden Gesamtlösung verbindet.

Wir bitten Sie, der Vorlage ebenfalls zuzustimmen.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende

Die GLP-Die-Mitte-Fraktion hat den Burgunpark plus und im Übrigen auch den Baurechtvertrag detailliert studiert und diskutiert. Daher auch die Enthaltung vorhin, denn es ist ja schon eine Einheit.

Es ist augenscheinlich klar, hier wurden zwei bestehende Vorlagen miteinander verschmolzen. Das Alterszentrum von 2022 bildet nun eine Einheit mit dem Burgunpark von 2025. Und man mag sagen, dies auf eine gelungene Weise.

Nach über sieben Jahren Planung, mittlerweile wohl deutlich über einer halben Million Planungskosten und bereits drei bald vier Volksabstimmungen ist das nun die Lösung. Die Vorlage oder besser die Vorlagen beinhalten ziemlich genau das, was nach der wegweisenden Volksabstimmung von Juni zu erwarten war. Wir finden, dass wir damit eine politisch und sachlich sehr gute Lösung vorliegen haben. Nicht nur wurde der Volkswille rasch umgesetzt, sondern auch die im Grunde guten und mit der Bevölkerung erarbeiteten Ansätze für die Ausgestaltung des Burgunparks von 2025 wurden übernommen. Auch die Errungenschaften der Burgunpark-Initiative sind also in der Vorlage nach wie vor enthalten. Erwähnenswert sind da etwa die Stadtzimmer oder auch das Thema Wasser, das mit dem Teich und dem Wasserspielplatz gar doppelt enthalten ist.

Nutzungskonflikte, wie sie erwähnt wurden, könnte es prinzipiell geben aus dem Raumprogramm, wir machen uns da aber weniger Sorgen. Es kann gerade für ältere Leute eine Bereicherung sein, wenn sich jüngere Leute im Umfeld bewegen oder Kinder im Umfeld spielen. Das ist ja auch eine Form der sozialen Durchmischung der Gesellschaft und wir sehen dem positiv entgegen und halten das Raumprogramm für stimmig.

Anderen Kernanliegen, wie sie die SP-Grüne-Fraktion erwähnt hat und uns dankenderweise im Voraus schriftlich zugestellt hatte, können wir uns teilweise sogar anschliessen. So finden auch wir, wäre es zu prüfen und möglichst zu bewerkstelligen, den Park zumindest teilweise früher zu realisieren. Wir vermuten, dass nicht die ganze Fläche von 9500 m² als Baustelleinstallationsfläche einerseits oder als Parkplatz andererseits wirklich verwendet werden muss. Wir stellen uns vor, dass vor allem im hinteren Bereich, dort wo die Biomasse intensiv ist, resp. die Bäume und Sträucher sind, der Park sicher davon profitieren würde, wenn die Pflanzen schon ein paar Jahre früher wachsen und gedeihen könnten. In der Zwischenzeit sollte die Rasenfläche, wie sie im Plan geplant ist, als Parkplatz gebraucht werden. Wir sollten dies wirklich nochmals prüfen.

Also Fazit und verzeihen Sie bitte den Ausdruck aber «We get shit done», so wie es die AZ vor kurzem in ihrem Bericht erwähnte, als sie über die Mentalität in Neuhausen schrieb. Das muss jetzt unsere Mentalität sein, um mit einer guten und ausgewogenen Vorlage endlich die politische Odyssee um die Burgunwiese hinter uns zu lassen und der Bevölkerung eine gute, eine grüne Lunge und ein zeitgemässes Alterszentrum zu bieten. Wir sind es ihnen schuldig.

Wir werden den beiden Vorlagen zum Burgunpark+ und dem Baurecht zum Pflegezentrum selbstredend zustimmen und hoffen auf eine breite Unterstützung hier im Rat und vor dem Volk, sodass wir der Umsetzung dieser Lösung grünes Licht geben können.

ER Bernhard Koller (EDU)

Sehr geehrter Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, sehr geehrte Gemeinderäte

Wir freuen uns sehr, dass wir endlich den «Burgunpark 2026 plus» auf den Weg zur Realisierung schicken können. Lange haben wir auf diese ideale Konstellation hingearbeitet. Bei mir waren es 10 Jahre. Und jetzt ist es soweit; der Park kann umgesetzt werden. Auch die Kosten sind optimiert worden, da bei diesem Betrag noch Potenzial nach oben gab.



Im Weiteren wurde der Parkperimeter festgelegt, der 9'500 m² Park und 4'914 m² beinhaltet. Ein vielfältiges Nutzungskonzept richtet sich über alle 4 Jahreszeiten inklusive Blickkontakt zur Cafeteria.

Natürlich beinhaltet er auch Vegetation, Biodiversität und Ökologie, beginnend bei der Bepflanzung.

Die Beschaffungskosten belaufen sich bei 3,15 Mio. die Unterhaltskosten auf ca. 100'000 CHF pro Jahr und werden durch den TBN ausgeführt.

In der letzten Volksabstimmung zur ÖRA wurde der Weg geebnet für Realisierung des Pflegeheimes. Damit kann das Baurecht geregelt werden, zum Nutzen des Pflegeheims. Für die ÖRA ist eine Fläche von 4'914 m² von insgesamt 14'414 m² vorgesehen. Das Siegerprojekt von 2022 kann realisiert werden. Dabei werden im fünfgeschossigen Pflegezentrum rund 130 Pflegeplätze zur Verfügung gestellt.

Die SVP/EDU-Fraktion stellt darum den Antrag gemäss Traktandum die Parkfinanzierung zu genehmigen.

Das haben wir alles so vorbereitet. Aber ich hätte nicht gedacht, dass wir hier nichts anderes wissen, als dass wir nochmals das ganze hinausschieben. Nochmals der Antrag: Machen wir eine Kommission? Oder stimmen Sie für eine Kommission.

Was glauben Sie, was denken eigentlich unsere Leute auf der Strasse, die nicht im Einwohnerrat sind? Die laufen vorbei und sagen: Jetzt haben sie es schon wieder nicht fertiggebracht. Wir doktern schon seit zehn Jahren an diesem Projekt. Wir haben nichts erreicht.

Nein, nach jedem Abschluss kam ein neuer Vorschlag, der uns wieder zurückwarf, aber mit tollen Perspektiven beglückte. Erfüllt wurden sie nicht, weil die nächste Projektierung schon wieder fällig war. Es wurde nichts realisiert, man hat nur über alles geschwätzt.

Und so möchte ich auch im Namen der Einwohner sagen, dass es eine Schande ist. Wir sind nicht bereit, so Probleme zu lösen. Es sind ja eigentlich von Haus aus standardmässige Projekte die wir bearbeiten sollten. Aber nein, wir schleppen die Burgunwiese noch weiter hinter uns her, bis ...

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Kommen Sie bitte zum Thema, okay?

ER Bernhard Koller (EDU)

Ich glaube, das ist das Thema. Ich habe geschlossen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen.

Möchte der Gemeinderatspräsident auf die Fraktionsvoten antworten.

Gemeinderatspräsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Danke vielmals für die guten Aufnahmen dieser Vorlage. Es sind ein paar Fragen aufgeworfen worden. Ich versuche jetzt, diese Fragen zu beantworten.

Zuerst eine Anmerkung zu der SP: Die Mitwirkung ist mitnichten von der IG Burgunpark initiiert worden, sondern der Gemeinderat hat sie initiiert.

Dann zu dem Nutzungskonflikt. Ja, das Thema ist schon diskutiert worden. Da sind wir aber der Meinung, dass eigentlich das Positive überwiegt. Also die gegenseitige Bereicherung der Nutzungskonflikte würde bei Weitem überwiegen. Wir haben auch einen Fachplaner dabei gehabt, der das ebenfalls so bestätigt hat.



Der Spielplatz in der Nähe der Cafeteria, einmal für die kleineren Kinder. Dann der andere Spielplatz, ein klein wenig weiter weg, doch für die älteren Kinder. Die können dort mit dem Matschplatz spielen.

Und das Pflegezentrum ist so ausgerichtet eigentlich: Die Fenster von den Zimmern, die sind ja nicht direkt zum Park, sondern die gehen gegen oben und gegen unten. Also demnach gesehen ist es aus unserer Ansicht nicht im Nutzungskonflikt.

Die sind überschaubar. Es ist möglich, dass es gewisse gibt, aber das ist doch auch eine Frage des Zeitgeists. Aber grundsätzlich sind wir der Meinung, dass es eine Bereicherung ist, sowohl für die älteren Leute als auch für die Eltern. Aber auch für die Kinder, die dann, wenn die Eltern im Pflegezentrum sind, da gleich noch schauen können, was ihre Enkel oder Urenkel dort auf dem Spielplatz machen.

Dann sind jetzt diverse Details noch angesprochen worden von der SP, also Open-Air-Veranstaltungen wie Film, wie sieht das nachher aus? Oder jetzt auch Verpflegungsangebote und Wickeltisch. Da muss ich sagen, das sind Sachen, die später in ein Nutzungskonzept gehören, selbstverständlich. Aber die haben im Bauprojekt überhaupt nichts zu suchen. Sondern die würden zu einem späteren Zeitpunkt sicher auch diskutiert werden.

Jetzt gerade mit den Veranstaltungen selbstverständlich und hier wird es ein Nutzungskonzept geben mit entsprechenden Rahmenbedingungen. Ein Wickeltisch ist heutzutage Standard, also da wird es sowieso geben. Das sind wirklich Details, die erst zu einem späteren Zeitpunkt dann zum Tragen kommen.

Dann einen Teil früher vorziehen. Das ist auch von der GLP gewünscht worden. Ich hatte ausgeführt, dass wir wirklich schauen möchten.

Es ist der Tiny Forest angesprochen worden. Das ist ja der ganze hintere Bereich. Das ist sicher etwas, wo wir schauen wollen, wo wir mit entsprechenden Fachleuten anschauen werden, ob man hier zwei bis drei Bäume bereits früher setzen könnte, damit die dann später auch schon ein bisschen etwas hergeben, oder? So in drei, vier Jahren. Ich denke, dass etwas möglich sein müsste.

Aber selbstverständlich haben da die Planer natürlich am meisten mitzureden, wir werden das sicher entsprechend hinbringen.

Bei der Versiegelung werden wir uns selbstverständlich absolut beschränken. Das ist einem Park klar. Es gibt aber gewisse Sachen, die sind chaussiert, gewisse Sachen werden asphaltiert. Auch da haben wir das letzte Mal intensiv darüber diskutiert.

Bei Rollatoren, ja, da braucht es Asphalt. Mit dem Kinderwagen kann man aber auch mit Chausseierung durchlaufen. Und das werden wir selbstverständlich absolut aufs Minimum beschränken.

Da ist auch der Uniola ein Anliegen. Alle Parks, die sie machen, werden entsprechend den ökologischen Standards ausgeführt.

Zu der FDP: Sinnvolle Verbindung mit dem Pflegezentrum. Ja, da sind wir auch der Meinung. Die Kosten sind tiefer, das hat der Gemeinderat ja auch gesagt. Das sind wirklich so grosse Vorteile, die wir da haben.

Dann zu der GLP, ich hatte es gesagt, aber mit den Tiny Forests, das ist effektiv im Bereich, das werden wir anschauen.

Nutzungskonflikt haben wir bereits angesprochen.

Ja, dann haben wir es eigentlich. Danke vielmals für die gute Aufnahme.

**Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)**

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Bildung einer 7er-Kommission?

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende

Es war von Anfang an klar, dass die Kommission eher strittig ist. Ich möchte es deshalb nicht unterlassen, auch im Hinblick darauf, dass wir eben die politische Odyssee hoffentlich bald hinter uns haben und in der Hoffnung, dass wir uns dann wieder etwas mehr begegnen und konstruktiv zusammenarbeiten, kurz zu begründen, warum wir uns so verhalten werden, wie wir uns verhalten.

Ich möchte betonen, dass wir hinter dem Grundprinzip stehen, dass eine Kommission zu bilden sei, wenn eine Fraktion sie wünscht. In diesem Fall machen wir eine Ausnahme. Warum?

Das wichtigste Argument erscheint uns, dass beide Elemente der Vorlage, weder die 9'500 m2 Burgunpark plus noch die 4'914 m2 Pflegezentrum nicht neu sind. Beide Elemente wurden im Rahmen früherer Vorlagen und in einer Kommission besprochen. Die marginalen Änderungen und die Gesamtheit der beiden Elemente sollten die Komplexität nicht derart explodieren lassen, dass es eine Kommission wirklich braucht. Die Oberaufsicht des Einwohnerrats ist damit aus unserer Sicht auch ohne Kommission angemessen gewährleistet.

Und hinzu kommt dieser Aspekt, den ich schon vorhin erwähnt habe und den Bernhard noch etwas verdeutlicht hat: Wir sollten wirklich auch vorwärtskommen. Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Bildung einer 7-Kommission? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zur Abstimmung.

Antrag von Christian Schenk (SP)

Der Antrag zur Gründung einer 7er Kommission wurde gestellt.

Wer dem Antrag auf Einsetzung einer 7er-Kommission zustimmen möchte, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben den Antrag mit 11 Stimmen zu 8 Stimmen abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Wir kommen zur Detailberatung, oder gibt es noch Voten von Einzelsprechern.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben. Ich finde, dieses Verhalten der bürgerlichen Seite gibt mir sehr zu denken. Das ist eine Machtdemonstration, die sie da machen. Sie möchten einfach die Diskussion verweigern.

Dass die SVP das gerne macht, wissen wir ja. Die SVP möchte ja direkt, ohne Diskussion in einer Kommission oder im Einwohnerrat alles vor das Volk bringen. Damit könnten wir den Einwohnerrat auch abschaffen.

Eigentlich erwarte ich, dass die Mitte, die FDP und die Grünliberalen versuchen, einen besseren Ausgleich zu schaffen. Vielleicht auch versuchen, das Gespräch zu suchen.

Denn ist eigentlich auch klar: Wenn sich die beiden Blöcke, rechtsextreme SVP und linksextreme SP/Grüne, gegenüberstehen und sich permanent bekämpfen, werden irgendwann die Grünen und die Mitte eigentlich keine Funktion mehr haben. Sie werden aufgegeben.

Ich denke, bei den Wahlen müssen wir dann nachher nicht mehr darüber diskutieren, warum die FDP und die Mitte abgibt.



Ich finde dieses Verhalten insbesondere darum schade, weil eine Verzögerung um zwei Monate bei einem Baubeginn, irgendwo um 2029, einfach gar nichts ausmacht. Schlicht und einfach. Ich finde es schade, dass man da nicht zusammensitzt, mit den Planern seine Überlegungen macht.

Wir haben schon manchmal erlebt, dass man hier mit ja abgestimmt hat, und nachher bei der Volksabstimmung plötzlich dagegen gesprochen wurde.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Danke. Grundsätzlich lässt Artikel 19 immer kurz eine persönliche Erklärung zu.

Dann kommen wir zur Detailberatung.

Seite 2

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Sehr geehrter Präsident, geschätzter Gemeinderatspräsident, geschätzter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen

Eigentlich hat Ernst mit seinem Votum nicht so Unrecht gehabt, dass man sich da links und rechts hinstellt. Aber Ernst, wenn du das schon tun willst, dann bring bitte einen Punkt auf den Tisch, bei dem es sich wirklich lohnt, wo man sagen muss: lieber Einwohnerrat, hier gibt es einen Punkt, an dem ein grösseres Problem entstehen könnte.

Und das ist auch der Grund, weshalb ich hier nach vorne gegangen bin. Ich bin nicht der Meinung, dass es dafür eine Kommission braucht. Aber wir haben generell nirgends etwas dazu drin: was geschieht eigentlich auf diesem Riesenareal mit dem Regenwasser?

Wir sprechen überall, Schaffhausen macht es vor, von einer Schwammstadt. Dreiviertel haben nicht begriffen, was das bedeutet, aber die Realität ist: wir haben Regenwasser, das gesammelt wird, auch auf Parkplätzen, das gesammelt wird beim Altersheim, und das der Kanalisation zugeführt wird und so schnell wie möglich zur Kläranlage geht oder nebenan an der Kläranlage vorbei.

Deshalb bitte ich hier nochmals zu sehen: Gibt es die Möglichkeit eines Regenrückhaltebeckens oder eine andere Möglichkeit, dass man relativ reines Regenwasser – also am Anfang ist ja alles verschmutzt – auf eine Kläranlage führt. Aber das andere Wasser, das kann verwendet werden.

Eine kleine Zisterne hilft, dass man anschliessend die Blumen giessen kann damit. Davon steht nichts drin.

Für das braucht es keine Kommission. Aber vielleicht solltet ihr eure Spezialistin mal darauf ansprechen, ob es da Möglichkeiten gibt, etwas zu tun. Dankeschön.

Gemeinderatspräsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Danke für die Anregung von Herbert Hirsiger.

Schwammstadt, das macht ja vor allem dort Sinn, wo wir grosse Versiegelungen haben, wo man nun versucht diese jetzt zu entsiegeln und nachher entsprechend versucht das Wasser zu fassen, um es natürlich oben wieder anderweitig nutzen zu können.

Wenn man eine grosse Parkfläche hat, besteht natürlich bereits heute eine gute Versickerungsmöglichkeit, gerade wenn viel Wasser direkt abfließt.

Eine gute Möglichkeit wäre aber sicher auch der Einsatz von Zisternen. Allenfalls könnte man beim Pflegezentrum das Regenwasser, das vom Dach abfließt, auffangen und entsprechend nutzen, indem man es in eine Zisterne leitet. Das können wir sicher entgegennehmen.

Im Park eine Schwammstadt. Ich bin nicht die Meinung, dass das da sinnvoll sein würde. Aber wir können es sicher noch vertieft anschauen.



Aber wie gesagt, danke für den Hinweis bezüglich der Zisterne, das ist sicher etwas, was wir für den späteren Verlauf mitnehmen können.

Seite 4

ER Thomas Leuzinger (SP)

Liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, lieber Einwohnerratsratspräsident

Ich bin froh, dass wir hier nochmals einen grossen Schritt in die richtige Richtung gemacht haben im Vergleich zum Start des ganzen Prozesses vor einigen Jahren. Es ist zum Glück bei Weitem nicht mehr das Projekt für Alterszentrum und Park, das die FDP und der Gemeinderat gewollt hätten. Dieses Projekt wäre – im Vergleich zum aktuellen Projekt – doch sehr trostlos geworden. Der Freiraum ist nun vielfältiger und spricht eine viel breitere Bevölkerung an. Wichtige Hinweise, wie derjenige, dass der Spielplatz in Sichtweite der Cafeteria ist, oder die Bepflanzung etwas vielfältiger ist, sind berücksichtigt worden und werden die Aufenthaltsqualität massiv verbessern. Oder auch die Fitnessgeräte, die an anderen Standorten von Alterszentren sehr beliebt sind – und von denen vor einigen Jahren weder Gemeinde noch Alterszentrum etwas wissen wollten.

Was bei mir allerdings immer noch Bedenken verursacht, ist die sogenannte «Liegewiese», bei der es sich eigentlich um Rasen handelt.

Hand aufs Herz: Wer hier in diesem Saal liegt gerne in der Wiese? Da fallen wohl schon ziemlich viele Menschen in diesem Raum weg. Und wer würde sich jetzt noch gerne hier auf diese Fläche legen, wo man von allen Seiten beobachtet und auch noch von diversen Stockwerken des Alterszentrums von oben aus gesehen werden kann? Jetzt ist wohl kaum noch jemand übrig – und so wird es ziemlich sicher in der Bevölkerung von Neuhausen auch aussehen. Zumal in einem Sommer wie diesem vor allem Bäume und Schatten gefragt sind.

Auch für Fussball scheint dieser Rasen ohne eine physische Begrenzung, die einen Ball stoppen würde, nicht vorgesehen zu sein. Und für Drachensteigen – wie es in der Zeichnung angedeutet wird – ist der Galgenbuck dann doch meistens die bessere Alternative.

Also was für alltägliche Aktivitäten stellt sich der Gemeinderat auf dieser Wiese vor? Das erschliesst sich mir nicht genau. Da hätte ich doch noch gern einige Ausführungen.

Eine denkbare Nutzung sind sicher Veranstaltungen. Dass ein Freiraum gelassen wird für unvorhergesehene Anlässe und Veranstaltungen, das klingt plausibel. Aber auch da ist nicht so ganz klar, an was der Gemeinderat konkret denkt, wenn er von «Open-Air-Events» schreibt. Je nachdem wäre zum Beispiel ein fix installierter Stromanschluss, oder ein Platz für eine Bühne sinnvoll, um die Durchführung von Anlässen zu erleichtern. Das müsste jetzt gemacht werden. Davon ist aber nichts mehr zu sehen im aktuellen Projekt im Vergleich zum grösseren Projekt. Konzerte für die breite Bevölkerung sind in der Nachbarschaft des Alterszentrums wohl kein zentraler Bestandteil der Überlegungen. Aber was dann?

Es wäre schade, wenn ein riesiger Teil des neuen Parks für einen leeren Rasen geopfert würde – nur weil es auf dem Plan schön aussieht und der Unterhalt günstig ist. Je nach Nutzung könnte nämlich durchaus auch eine reichhaltigere Baumbepflanzung in Betracht gezogen werden. Zum Beispiel als Sichtschutz gegenüber dem Alterszentrum. Oder es könnte eine Begrenzung der Rasenfläche mit einer Hecke in Betracht gezogen werden, die Sichtschutz bietet.

Dass an den verschiedenen Stellen im Bericht und Antrag andere Nutzungsmöglichkeiten für die Liegewiese aufgeführt werden und auch die Bezeichnung wechselt, deutet darauf hin, dass hier noch nicht alles zu Ende gedacht wurde. Wenn man ein Projekt schrumpft und sich die Ausgangslage verändert, funktioniert Copy&Paste nicht.

Diese Punkte werden wir nun halt nur halbbatzig hier in der Sitzung diskutieren können, weil Sie im Einwohnerrat gerade mehrheitlich auf stur schalten. Dennoch: Die Frage ist gestellt, ob überhaupt und wenn ja, was sich der Gemeinderat für diese grosse Fläche als Nutzung gedacht hat, die doch einen sehr grossen Teil der Gesamtfläche ausmacht.

**Gemeinderatspräsident Felix Tenger (FDP)**

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Danke vielmals zuerst noch für die vielen lobenden Worte für die Vorlage. Die Fragen haben sich zum letzten Mal nicht geändert. Thomas war dort auch in der Kommission gewesen und hat auch da seinen Bericht verlesen, in dem er gesagt hat, das sei ja ein super Park, der für die ganze Bevölkerung entsprechend Mehrwert bringen werde.

Es hat auch dort schon eine Liegewiese gehabt. Und selbstverständlich gehört zu einem Park auch eine Wiese. Und so würden wir dort einen strapazierfähigen Rasen machen, damit die Kinder auch einmal darüber rennen können, damit sie sich austoben können, damit sie spielen können. Und die brauchen, je nach Alter der Kinder, ja keine fest installierten Tore, sondern da könnte man auch eher etwas Einfaches auf der Seite herstellen und dann einfach klein umrennen.

Es geht vor allem darum, dass sie den Freiraum nutzen können, dass die Bürger dort verweilen, sich bewegen und sich betätigen können. Und das ist für mich ganz klar die Hauptaktivität: Sport und Spiel in diesem Bereich.

Eine Bühne sehen wir weniger, weil wir jetzt am Areal Kirchacker mit dem Platz für alli dran sind. Wir haben immer gesagt, das ist eigentlich wirklich so das gesellschaftliche Herz unserer Gemeinde. Dort wollen wir eine Bühne machen, ein Pavillon oder Bühne für Konzerte. Dies schliesst nicht aus, dass man auch mal auf der Burgunwiese was machen könnte, aber da werden sicher eher kleinere Sachen sein und definitiv keine regelmässigen Konzertreihen.

Und gegen das Copy-Paste wehre ich mich jetzt also schon. Es hat dort sehr, sehr viele Qualitäten, die wir hier drin erarbeitet haben, die erarbeitet worden sind. Da bist du, Thomas, auch dabei gewesen. Und der Landschaftsarchitekt hat nun versucht, das Angebot so gut wie möglich mit all diesen Qualitäten zu gestalten.

Ich bin der Meinung, es ist eine gelungene Variante, die jetzt dort vorliegt, mit einer entsprechenden Spiel- und Sportwiese. Und wenn man jetzt heute sieht, dass sie auch bis in ein paar Jahren nicht benutzt wird, dann kann man selbstverständlich eine Blumenwiese daraus machen. Das ist überhaupt kein Thema. Man kann nachher auch Büsche oder man kann nachher auch Bäume setzen.

Das ist jetzt nicht etwas, das in den nächsten 100 Jahren so sakrosankt ist. Vielleicht stellen wir aber auch fest, dass wir gerne eine grössere Liegewiese hätten. Und dann müssen wir nach den Tiny Forests gehen. Das ist modular aufgebaut und da kann auch entsprechend weiterentwickelt werden. Und das soll auch weiterentwickelt werden.

Das ist nicht etwas, was wir jetzt einfach hinstellen und dann sagen: So, jetzt haben wir diese die nächsten 100 Jahre und es darf sich nichts verändern. Sondern das lebt, das lebt nicht zuletzt natürlich auch durch die Pflanzen und durch die Bäume, wie sie wachsen. Es wird entsprechende Veränderungen geben.

Und die Sport- und Liegewiese, die finde ich eigentlich gut, das gehört in jedem Park dazu. Und da haben die Kinder Freude. Im Hochsommer liegt wahrscheinlich niemand hier, um zu sonnen. Aber jetzt im Herbst oder im Frühling haben die Leute wahrscheinlich Freude, wenn sie dort sitzen wollen.

Also ich bin der Meinung, da gibt es eine ganz feine Sache, und zwar inklusive der Wiese, sie ist auch wichtig für das ganze Projekt.

ER Dimitrij Ruh (SP)

Geschätzte Kolleginnen

Es ist erfreulich, dass an den meisten Qualitäten des ehemaligen Siegerprojektes festgehalten wird. Zugleich ist es jedoch fraglich, wenn ein Projekt lediglich redimensioniert wird, ohne auf den neuen Kontext des Alterszentrums zu reagieren oder diesen zu behandeln. Architektonisch finde ich das schade. Ich musste feststellen, dass der Pavillon aus dem Konzept gestrichen wurde. Für kulturelle Veranstaltungen finde ich das einen grossen Verlust, da die nötige Infrastruktur genommen wird. Wie wird nun sichergestellt, dass solche Veranstaltungen mit der nötigen Technik durchgeführt werden können?



Zum Fraktionsvotum der FDP. Die Cafeteria bespielt einen kleinen Vorraum zum Alterszentrum, nicht die grosse Rasenfläche, wo der Pavillon stand. Das sind ganz andere Bedingungen und Nutzungen. Die könnt ihr nicht vergleichen und sogar gleichsetzen. Die Technik ist nicht dieselbe, die es braucht für eine Cafeteria oder einen Pavillon, unter dem eine Musikband oder die Technik für ein OpenAir beherbergt werden kann, die die Rasenfläche bespielt, auf der hundert Menschen zuhören könnten. Das ist nicht das gleiche wie die wenigen Sitzplätze auf der Terrasse der Cafeteria. Ich finde es für unser mageres Kulturangebot wichtig, dass wir Raum schaffen, der für Kunstschaffende, für Musikveranstaltungen, für OpenAirs genutzt werden kann. Die Altersheim-Cafeteria kann das nicht bieten.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Ja, gut, machen Sie es halt auf die harte Tour, oder, wenn Sie das nicht weiter in der Kommission diskutieren wollen.

Diese Vorlage, die Seite 4, das ist eine brandschwarze Lüge ans Volk. Punkt. Sie postulieren hier irgendetwas, das nie realisiert wird. Ich garantiere Ihnen das. Das wird überarbeitet, angepasst et cetera. Es dient nur dazu, das Volk zu beruhigen und löst verschiedenste Probleme nicht.

Es ist einfach damit die Ja sagen, Punkt. Und es ist keine Bereitschaft irgendwie da, auf irgendetwas einzugehen.

Es ist blöd, einen Spielplatz neben beziehungsweise unmittelbar vor dem Altersheim zu platzieren. Ich glaube auch, ich bin mir nicht ganz 100 Prozent sicher, aber ich habe das schon ein paar Mal erlebt: man sagt jetzt Ja, hier im Einwohnerrat und bekämpft es nachher. Ich würde mich nicht wundern, wenn es nachher in der Abstimmung bekämpft würde.

Die Behauptung, dass es billiger geworden ist, ist ein absoluter Unsinn, was Sie da sagen. Es ist teurer geworden. Wir hatten damals in der Vorlage 50 Parkplätze dabei. Die Parkplätze sind jetzt in der Tiefgarage, die rechnen Sie einfach nicht mit. Punkt.

Das Volk wird einfach von euch angelogen. Schlicht und einfach.

Machen Sie das. Probieren Sie es. Es ist gut. Es muss aber gesagt werden, dass ihr wieder einmal oder dass da gewisse Leute etwas vorspielen, was nie eingehalten wird.

Gemeinderatspräsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Ja also wenn ich höre „brandschwarze Lüge und alles“, da muss ich sagen: geht es eigentlich noch?

Die Vorlage, die da ausgearbeitet worden ist, die werden wir sicher so umsetzen. Das ist überhaupt kein Thema. Das haben wir bis jetzt auch immer gemacht. Allenfalls gibt es bei gewissen Details oder Umsetzungskonzeption oder allenfalls im zeitlichen Ablauf gewisse Änderungen und Anpassungen, aber das Konzept werden wir ganz sicher so umsetzen.

Und alles andere, was Ernst Schläpfer sagt, stimmt einfach nicht.

Den Spielplatz haben wir bereits diskutiert. Bezüglich dem Pavillon: ja, das stimmt, der ist nicht mehr drin, das haben wir gesagt. Dafür haben wir jetzt die Cafeteria. Aber selbstverständlich können wir in der Cafeteria keine Konzertbühne veranstalten. Das habe ich vorhin gesagt, dafür ist der Platz für alli da.

Aber selbstverständlich gibt es auch die Möglichkeit, wie wir gezeigt haben, am Abend, also ein Open-Air auf der Brunnenwiese zu machen. Der Stromanschluss wird sicher kein Problem sein. Den kann sich jetzt auch vom Pflegezentrum noch entsprechend durchziehen. Also da sind wir jetzt wirklich schon im Mikromanagement.



Man sucht jetzt einfach hier wirklich die Vorlage möglichst schlecht zu machen. Vor allem, was ich bedaure, muss ich ganz ehrlich sagen – weil wir hier wirklich versucht haben, das Beste der beiden Vorlagen zusammenzunehmen

Und ich würde es begrüßen, wenn Sie gerade die beiden Parteien und die beiden Pole da entsprechend einigen könnten, da das wirklich gute Vorlagen sind.

ER Herbert Hirsinger

Nur eine kleine Bitte. Ich denke hier jetzt an die Hundebesitzer. Ich sehe eher weniger Leute mit Katzen beim Spaziergang. Aber auch hierzu wäre meine Bitte, dass man im Park klare Regeln schafft: Wo sind Hunde erlaubt oder sogar erwünscht und wo sind Hunde nicht erwünscht? Damit das für jedermann, der den Park betritt, klar ist.

Man kann solche Konzepte auch sehr gut bei anderen Gemeinden hinterfragen.

Danke schön.

Seite 7

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Damit das klar ist: Ich finde die Vorlage auch gut. Aber sie wird nie so umgesetzt. Ich garantiere Ihnen das. Sie wird auch darum nie so umgesetzt, weil, wenn dann die ganze Sache geplant ist und wenn der Baubeginn ist, dann sind die Herren nicht mehr, mindestens Christian Di Ronco, im Amt. Es kommt eine neue Altersheim-Verantwortliche oder eine neue Pflegezentrum-Verantwortliche. Die hat dann plötzlich Bedenken für den Park et cetera und dann kommt garantiert eine Umplanung.

Ich rede deshalb zum Punkt 6.4. Termine.

Ich beantrage, dass die Realisation hier vorgezogen wird oder mindestens ein Teil vorgezogen wird. Es ist klar, dass man einen grossen Teil vorziehen kann. Man könnte, wenn man das sinnvoll machen würde, auch den Spielplatz an einen anderen Ort verlegen. Da müsste man nämlich nicht eine Zwischenlösung machen, sondern man könnte den Spielplatz an einen klügeren Ort tun. Dann wäre es möglich, dass man nicht dreimal oder zweimal zügeln müsste, wie jetzt geplant ist.

Ich finde es auch etwas despektierlich, was da der Gemeinderat vorschlägt, von der Planung her. Er schreibt frech «Burgunpark 26 Plus». Das Plus sind fünf Jahre. Eigentlich hätten wir den Burgunpark viel, viel früher gern gehabt. Und mindestens ein Teil soll jetzt wirklich früher gemacht werden.

Wir haben Klimaerwärmung, meine Damen und Herren. Sie alle haben das gespürt. Wir brauchen einen Park. Und zwar möglichst schnell brauchen wir einen Park und nicht irgendwann. Dem Gemeinderat ist offensichtlich wichtiger, dass man die Parkplätze möglichst lange hat. Klar, wir brauchen die Parkplätze et cetera.

Wichtig ist nicht die Bevölkerung, weil wenn wir einen Park bauen, dann geht es fünf, sechs Jahre noch, bis er dann wirklich in Betrieb ist, mit den Bäumen, die wachsen müssen. Also je länger wir mit diesem Teil warten, desto grösser wird das Problem, das wir dann mit dem Klima haben.

Wir machen nichts dagegen. Parkplätze sind offensichtlich sehr, sehr viel wichtiger, Bauschutt ist auch wichtiger et cetera. Die Bevölkerung wird hier einfach nicht ernst genommen.

Deshalb beantrage ich, dass man das vorzieht, mindestens einen Teil, der machbar ist, und das auch verbindlich festhält, irgendwo in der Vorlage.

Ich wäre froh, wenn man wirklich die Klimaerwärmung einigermaßen ernst nimmt und Parkplätze nicht wichtiger sind.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Kannst du mir den Antrag kurz in einem Satz formulieren.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Ja, das mach ich dann schon.

ER Arnold Isliker (SVP)

Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen.

Letztlich können wir überall lesen, 1540, was das für eine Klimakatastrophenjahr war. Die Bevölkerung war maximal 20 Prozent von heute. Autos hatte es keine, das wissen wir. Aber es hatte ein Haufen Tiere und die haben auch zum Klimawandel beigetragen. Das Wetter hat sich unterdessen geändert.

Letzten Sommer, im Juli, hat es den ganzen Juli geregnet. Die Kinder hatten Ferien und wollten ins Schwimmbad und konnten nicht, weil es geregnet hat. Das Klima macht, was es will. Da können wir nicht viel ändern.

Es kann sein, dass der eine oder andere Beitrag gutgeheissen wird.

Aber lieber Ernst: Wenn du die Parkplätze weghaben willst, kannst du das dann der Bevölkerung zumuten, bis bei der Nohlwiese der Parkraum entstanden ist? Können wir es der Bevölkerung zumuten, dass wir in Neuhausen Zustände haben, wie sie der Gemeindepräsident vorhin vom letzten Wochenende erklärt hat? Hunderte von Touristen fahren durch das Dorf, suchen Parkplätze, und diese sind nicht vorhanden.

Wollen wir dann einen Zoll machen, wie in Kleinkönigreich bei Asterix und Obelix? Und sagen: Kommt ja nicht zum Rheinfall, wir haben keine Parkplätze? Die Touristen, die kommen, können wir nicht wegdiskutieren.

Und deshalb müssen wir Hand in Hand arbeiten, bis der Kanton bereit ist, und das Parkhaus realisiert ist. Dann können wir die ganze Geschichte miteinander realisieren.

Besten Dank.

Gemeinderatspräsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Ich möchte auf das Votum von Ernst antworten. Wieso machen wir das so?

In der Abstimmung waren die Parkplätze wirklich eine grosse Diskussion. Und diese Diskussion kommt von der Bevölkerung und von niemand anderem. Und zwar von der Bevölkerung, die dort unten lebt und die nachher das Verkehrschaos am Wochenende, am Samstag und Sonntag, wirklich permanent vor den Häusern hat. Und genau für diese Leute machen wir das.

Der Antrag ist noch nicht gestellt worden. Aber darum empfiehlt der Gemeinderat, den Antrag abzulehnen, weil man mit diesem Vorgehen wirklich die ganze Vorlage gefährdet.

Die Leute, die dort im Unterdorf wohnen, wollen, dass die Parkierung zuerst gelöst wird, bevor wir dort einen Park machen.

Und selbstverständlich machen wir etwas gegen die Klimaerwärmung. Wir haben das Freiraumkonzept nochmals gemacht, und die darin vorgesehenen Massnahmen werden umgesetzt. Wir haben bereits jetzt natürlich eine Fläche auf der Burgunwiese, es ist ja nicht so, dass nachher alles zu 100 Prozent besser ist. Regenwasser kann bereits jetzt dort versickern, wir haben dort heute schon kleine Grünfläche. Es ist kein Asphalt vorhanden.

Also von der Abstrahlung her ist es definitiv besser als vorne an der Zentralstrasse. Von daher gesehen würde sicher ein Mehrwert entstehen, aber dieser ist nicht drei- oder viermal so gross wie jetzt. Oder wenn es versiegelt wäre. Man würde alles entsiegeln.

Darum wirklich: Die Parkierung muss gelöst sein. Sonst haben wir Probleme, das den Leuten zu erklären, wieso wir die Realisation entsprechend zuerst umsetzen wollen.



Und wenn wir es so machen wollen, wirklich gleitend – ich habe vorher beim Votum von Fabian mit den Tiny Forests gesagt, dass man dort auch etwas machen könnte. Das werden wir sicher auch versuchen. Aber grössere Flächen bereits umzusetzen, das funktioniert so nicht. Da können wir auch die Synergien nicht mehr nutzen. Dann nützt es auch nichts, wenn wir jetzt ein Drittel machen würden, und dann gehen die Fahrzeuge wieder weg, die wir für die Installation brauchen, und nachher müssten wir gleich wieder Lösungen für die Parkierung finden. Dann gibt es ein Flickwerk, und das will wirklich niemand.

Und wenn wir den Spielplatz nachher haben und dazu noch eine Baumaschine, dann kann das ja definitiv auch nicht funktionieren, wenn die Kinder auf der Baustelle sind. Also darum wirklich: Der Zeitplan, wie wir ihn jetzt haben, harmonisiert mit dem Pflegezentrum und mit den entsprechenden Abläufen. Wir sind klar der Meinung, dass er dort am sinnvollsten ist und bei der Bevölkerung am meisten Anklang finden wird.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Man fragt, ob man der Bevölkerung die Autos, den Verkehrsstau zumuten kann. Ja, das kann man. Drei bis vier Tage ist das so. Die Hitzeperiode hat etwa 90 Tage gedauert. Diese Zeit, die kann man der Bevölkerung zumuten. Das ist kein Problem.

Eben: Parkplätze, Autos und Verkehr sind wichtiger als die Umwelt. Und das mit dem, was Arnold da angefügt hat, mit dem Jahr 1700 irgendetwas, ja, das ist typisch. 1812 war es auch einmal ein bisschen schlimmer mit dem Wetter.

Vielleicht können wir ja Nina fragen, ob sie ein Postulat einreicht. Vielleicht könnte man da noch eine Klimaanlage einbauen, auf dem Parkplatz für die lieben Touristen, damit sie wenigstens nicht an der Hitze parkieren müssen, et cetera.

Also, für mich ist es einfach so: Wenn man das einigermaßen klug macht - logisch, man muss nicht alle Parkplätze auf einmal schliessen - aber einen grossen Teil kann man weglassen, weil das wirklich drei, vier Tage sind. Und das kann man der Bevölkerung zumuten: drei, vier Tage ohne ein bisschen Ruhe, mit ein bisschen viel Autos, nur weil der Kanton und die Gemeinde nicht vorwärtsmachen.

Aber offensichtlich will der Gemeinderat das nicht, und offensichtlich wollt ihr das nicht. Ihr wollt lieber die Bevölkerung in der Hitze lassen.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende

Sie haben es ja vorher gehört: Ich habe diesen Punkt in unserem Fraktionsvotum explizit herausgestrichen. Es ist absolut so, wir teilen grundsätzlich die Meinung, dass man die Bäume vor allem – also alles, was Biomasse ist, also etwas, das wachsen muss – möglichst früh installiert. Und wenn Sie sich die Zeichnung beziehungsweise den Plan auf Seite 5 anschauen und so gewisse Flächenverhältnisse anschauen, da bin ich überzeugt, dass man gewisse Flächen schon vorher realisieren kann.

Aber ich werde sicher nicht in Kauf nehmen, das ganze irgendwie gefährden zu lassen wegen drei Jahren Parkplätzen oder was auch immer. Vor allem, weil wir dieses Bekenntnis vom Gemeindepräsidenten haben, diese Thematik anzuschauen.

Es wäre schön, gerade einen Anblick, dass die Platzverhältnisse auf Seite 5, wenn wir noch ein klares Kommitent haben könnten, dass ein wesentlicher Teil der geplanten Baumbestände unter der Gewährleistung ausreichender Parkierrmöglichkeiten, entweder durch vorübergehende Oberflächenparkplätze oder daneben die frühzeitige Eröffnung der Tiefgarage, sobald das möglich ist, das heisst auch noch vor 2030, realisiert würde.



Ich bin mir ziemlich sicher ein solches Kommittent könnte man heute mit an Sicherheit angrenzender Wahrscheinlichkeit geben. Aber ein formeller Antrag jetzt zu diesem Thema, das ist einfach ... Das macht uns irgendwie die ganze Geschichte ja kaputt. Das schränkt den Handlungs- und Spielraum viel zu weit ein.

Und ich denke nicht, dass wir uns das jetzt irgendwie in einer Form leisten sollten wegen drei Jahren mehr oder weniger Oberflächenparkplätze ab dieser Baustelle. Das ist jetzt wirklich eine Lappalie im Vergleich zu dieser Odyssee, die wir jetzt durchgemacht haben.

Bitte kommt wir zu einem Abschluss und geben wir uns etwas, das wir realisieren können. Vielleicht noch ein klares Kommittent des Gemeindepräsidenten und dann ist die Sache aber gut. Bitte. Danke.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Ja, besten Dank. Ich glaube, es ist für uns alle zurzeit irgendwo verständlich: wenn ich da reinschaue und die Planung beginnt 2028/29 und man will jetzt darüber sprechen, ob man irgendwelche Bäume früher pflanzt. Es muss zuerst die Planung gemacht werden.

Und hier stelle ich ganz klar die Frage an dich, Felix: Ist es denkbar, wenn man die Planung um ein Vierteljahr vorverlegen würde? Wäre das nicht auch ein gewisser Druck, den wir dem Kanton gegenüber ausüben könnten, wenn wir sagen: Hört mal zu, ihr müsst mit euren Plänen vorwärtsmachen, hier ist der Druck aus unserer Gemeinde vorhanden.

Gemeinderatspräsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Ich will aber zuerst noch auf Fabian Bolli eingehen. Ich habe es vorher bereits gesagt und ich gebe das Kommittent gerne nochmals offiziell ab, dass wir sicher schauen werden, dass wir den hinteren Bereich, falls dort keine Parkierung notwendig ist beziehungsweise nur so viel, wie benötigt wird, möglichst früh umzusetzen.

Und selbstverständlich, wenn die Tiefgarage fertig ist, dann werden wir diese sicher in Betrieb nehmen. Das ist überhaupt kein Thema. Aber das ist natürlich im Rahmen der Bautätigkeit anzuschauen.

Zum Votum von Herbert: sind wir ehrlich, das ist dem Kanton egal. Aber der Kanton weiss es. Er hat Druck von uns. Wir haben regelmässige Meetings mit dem Kanton. Wir sind immer dran. Wir hatten die Problematik mit der ENHK, mit der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission, die das ganze Gebiet aufgrund der Hochsensibilität entsprechend beurteilt. Das ist eigentlich auf gutem Weg. Und sobald das vorliegt, ist ja auch zugesichert, dass es in den Budgetprozess hineinkommt und entsprechend umgesetzt wird und das so schnell wie möglich. Aber das ist natürlich auch davon abhängig, und das ist dann wahrscheinlich wieder eine der grössten Schwierigkeiten: Gibt es allenfalls Einsprachen? Wäre ja auch noch möglich. Dass die Verbände, wer auch immer: die Pro Natura, WWF, et cetera, dann allenfalls alle Einsprache machen würden. Und das würde das Projekt entsprechend verzögern.

Aber grundsätzlich, wenn alles gut läuft, dann gehen wir wirklich davon aus, dass wir im Jahr 2030 eröffnen können. Der Kanton weiss das. Der Druck auf dem Kessel ist definitiv da, und das wird auch permanent wahrgenommen.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Also, ich möchte einfach noch ergänzen, dass die Planung nicht auf dem Kanton ausgerichtet ist. Sondern die Planung ist vom Pflegezentrum gemacht worden, und da ist Mitte 2031 die Inbetriebnahme vorgesehen. Und das ist einfach auch ein schöner Übergang mit dem Park, der auch auf 2031 geplant ist.

Also, wir fahren mit der Planung zu. Und wenn das bis 2031 gemacht ist, ist angedacht, dass wir dann den Park eröffnen, aber wie der Gemeindepräsident gesagt hat, kann im hinteren Teil bereits begonnen werden.



Planung, Heim und Park wird miteinander gemacht. Die Planer sitzen am Tisch, planen das durch, und Teile des Parks lösen wir irgendwie später oder früher aus.

Also wird noch nichts auf die lange Bank geschoben, und Ernst, bis Ende 2028 ist die Planung durch und möglicherweise auch schon ein Spatenstich. Das kann ich dir sagen. Und nachher geht es in die Ausführung. So ist der Plan.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Ich stelle einen konkreten Antrag. Und zwar zu Punkt 6.4. Termine. Dort ist aufzuführen: Planung und Auflagen ab 2027/28, teilweise Realisation ab 2029.

Die Eröffnung könnt ihr von mir aus weglassen. Das ist nochmals etwas anderes, das ist klar. Also nochmals: Planung um ein Jahr vorziehen. Warum erst ab 2028 beginnen, wenn die Volksabstimmung ist? Vorwärtsmachen und die teilweise Realisation nicht erst ab 2029.

Das soll in dieser Vorlage entsprechend ersetzt werden.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Gibt es Voten zu diesem Antrag?

Gemeinderatspräsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Zusammen mit dem Gemeinderat beantrage ich die Ablehnung dieses Antrags.

Und zwar, weil wir mit dem Antrag nur Unmut in der Bevölkerung schüren würden. Es soll nicht zuletzt im Wahlkampf und im Abstimmungskampf dann nicht gesagt werden: Parkplätze sind nicht wichtig. Denn das stimmt einfach nicht.

Parkplätze sind wichtig. Und ich habe da in diesem Rat zugesagt, dass wir sicher Teile früher realisieren werden. Das werden wir sicher machen und dies in der Vorlage entsprechend aufnehmen.

Der Rest würde ab 2030 oder Sommer 2031 stattfinden. Darum bitte ich sie, den Antrag abzulehnen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Gibt es Voten zu diesem Antrag? Sonst stimmen wir ab.

Antrag Dr. Ernst Schläpfer:

ER Dr. Ernst Schläpfer stellt den Antrag folgende Planungsdaten anzupassen:

Planung und Auflagen 2027/2028

Teilweise Realisation ab 2029

Eröffnung Herbst 2031

Wer dem Antrag auf Einsetzung einer 7er-Kommission zustimmen möchte, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben den Antrag mit 10 Stimmen zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Wird Rückkommen verlangt?

Das ist nicht der Fall.

Wird das Wort zu den Beilagen gewünscht?

Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zu den Anträgen auf Seite 8 des Berichts und Antrags, welche folgendermassen lauten:

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreitet Ihnen der Gemeinderat folgende Anträge:

- 1. Für die Gestaltung des öffentlichen Parks Burgunwiese auf der Parzelle 513 (Burgunwiese) wird ein Kredit von Fr. 3'150'000.00 bewilligt. Dieser Kredit basiert auf dem Stand des Zürcher Indexes der Wohnbaupreise vom April 2026 mit 100.6 Punkten (Basis Oktober 2025 mit 100 Punkten) und wird entsprechend der Teuerung angepasst.**

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben dem Antrag mit 13 zu 1 Stimmen mit 5 Enthaltungen zugestimmt.

- 2. Zur Finanzierung der Gestaltung des Parks Burgunwiese werden dem Gemeindeentwicklungsfonds maximal Fr. 3'150'000.00 entnommen.**

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben dem Antrag mit 14 Für-Stimmen mit 5 Enthaltungen zugestimmt.

Diese Beschlüsse unterstehen gemäss Art. 11 lit. g der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem obligatorischen Referendum. Wird Ziffer 1 nicht angenommen, fällt Ziffer 2 dahin.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 3**

**Bericht und Antrag betreffend Baurechtsabgabe des Grundstücks GB Nr. 2967
und eines Teilgrundstücks von GB Nr. 513 an die selbstständige öffentlich-
rechtliche Anstalt Alterszentrum und Spitex der Gemeinde Neuhausen am
Rheinfall.**

Zuständiger GR: Christian Di Ronco

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst dem zuständigen GR Christian Di Ronco.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Herr Präsident, werte Anwesende

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, der Abgabe des Baurechts für die Burgunwiese zuzustimmen. Damit wird der klare Volksentscheid vom 14. Juni 2026 umgesetzt: Die Bevölkerung will ein modernes Pflegezentrum und einen grosszügigen öffentlichen Park. Die Vorlage schafft die rechtlichen Grundlagen, um das Pflegezentrum auf 4'914 m² Baurechtsfläche zu realisieren und gleichzeitig 9'500 m² Park dauerhaft zu sichern. Das Amt für Grundstückschätzungen hat eine Neuschätzung vorgenommen. Die Baurechtskonditionen liegen transparent vor und sind fachlich abgestützt (KAG und Grundbuchamt Schaffhausen) – mit einem Landwert von Fr. 4'350'000.–, einem Baurechtszins von 1.5 % und einer klar geregelten Vertragsdauer von 99 Jahren. Dies ergibt einen jährlichen Baurechtszins von Fr. 65'250.--. Das sind rund 10'000 Franken pro Jahr mehr als in der Vorlage vor vier Jahren vorgesehen. Auf 99 Jahre hochgerechnet ergibt das Mehrkosten von rund einer Million Franken für die Bewohnenden. Hinzu kommt, dass die Bewohnenden vier Jahre länger im Schindlergut ausharren mussten und weiterhin müssen.

Ansonsten hat sich beim vorliegenden Vertrag im Vergleich zu 2022 im Grundsatz nichts geändert. Der Vertrag liegt ihnen im Entwurf vor. Der Gemeinderat und die Verwaltungskommission der ÖRA haben dem im Entwurf vorliegenden Baurechtsvertrag zugestimmt.

Das Pflegezentrum basiert auf dem Siegerprojekt des Wettbewerbs 2022 und erfüllt hohe Anforderungen an Pflegequalität, Architektur und Nachhaltigkeit. Rund 130 Pflegeplätze, ein Demenzgarten, ein Atrium und ein hochwertig gestalteter Aussenraum schaffen ein zeitgemässes Angebot für die ältere Bevölkerung. Eine Tiefgarage mit rund 130 Parkplätzen. Sie stellt die Parkierung für Mitarbeitende, Spitex, Besucherinnen und Besucher des Pflegezentrum und des Parks sowie dem Gewerbe sicher und entlastet die in einem gewissen Sinne auch die Quartierstrassen.

Mit Blick auf die Alterswohnraumstrategie begrüsst der Gemeinderat die räumliche Konzentration von Alterswohnungen, betreutem Wohnen und Pflegeangeboten. Sie schafft Synergien und ermöglicht älteren Menschen einen stufenweisen Übergang in vertrauter Umgebung. Der Spielplatz Burgunvilla bleibt dank einer Übergangslösung während der Bauphase erhalten, und das Areal Schindlergut wird als strategische Reserve in einen partizipativen Prozess überführt.

Geht es nach dem Gemeinderat sieht der Fahrplan wie folgt aus: Beratung im Einwohnerrat heute, Volksabstimmung am 29. November 2026, Baugesuch Ende 2027, Baubeginn bis Mitte 2028 und Inbetriebnahme im Herbst 2031. Nach Bezug des neuen Pflegeheims wird das Haus Rabenfluh in betreutes Wohnen umgebaut.

Der Gemeinderat empfiehlt dem Einwohnerrat, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen zuzustimmen.

Besten Dank

ER Thomas Leuzinger (SP)

Sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte



Die Fraktion anerkennt, dass das Pflegezentrum ein wichtiges Projekt für unsere Gemeinde ist und dass der Gemeinderat darum möglichst bald Nägel mit Köpfen machen will. Das Projekt ist wichtig für eine gute Versorgung der älteren Menschen in Neuhausen.

Gleichzeitig sind in der Fraktion aber noch erhebliche Fragen aufgetaucht, die geklärt werden müssen, ehe die Fraktion dieser Vorlage guten Gewissens zustimmen kann.

Warum setzt die Zinspflicht erst nach Bezugsbereitschaft ein oder spätestens nach vier Jahren, obwohl die Gemeinde das Land bereits während der langen Bauphase zur Verfügung stellt? Wie kommen die verschiedenen Zinssätze zustande? Oder auch Fragen zur Rückzugssumme, zu einem Betreiberwechsel oder zur Aufsichtspflicht bei der Einhaltung der baulichen Vorgaben – etwa beim Minergie-P-Standard, der Dachbegrünung oder den Nachhaltigkeitskriterien. Oder bei der Frage, was bei einer Nichterfüllung der baulichen Vorgaben passiert – denn beim Bau selbst kann die Gemeinde nicht mehr mitbestimmen. Diese Fragen verlangen nach einer vertieften Diskussion und weiteren Abklärungen.

Diese Vorlage bindet die Gemeinde für ein Jahrhundert. Sie hat weitreichende finanzielle, operative und rechtliche Auswirkungen. Wir verstehen die Dringlichkeit, aber wir haben eine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, eine so langfristige Entscheidung nicht kurzentschlossen zu treffen. Deshalb fordern wir – zum dritten Mal – die Einsetzung einer Kommission. Nur so können diese Fragen gründlich und sachlich geklärt werden, damit der Souverän dieses Mal auf der Basis von korrekten Informationen abstimmt und wir diese langfristige Bindung verantwortungsvoll eingehen können. Sich für ein Jahrhundertprojekt einige Stunden Zeit zu nehmen, ist sicher nicht zu viel verlangt. Im Gegensatz: Man muss sagen, dass es fahrlässig ist, sich diese Zeit nicht zu nehmen.

Was ich jetzt schon garantieren kann – und was sie kaum überraschen wird: Sollte die Kommission abgelehnt werden, wird die Fraktion bestimmt nicht geschlossen hinter der Vorlage stehen.

ER Nina Schärer (FDP)

Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Dame und Herren Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste

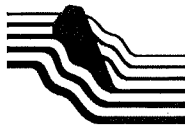
Nachdem wir soeben die Weichen für den Parkkredit gestellt haben, geht es nun um den zweiten Teil derselben Gesamtlösung: die rechtliche Grundlage für den Bau des neuen Pflegezentrums.

Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats, die beiden im Antrag genannten Grundstücke resp. Teilgrundstücke zu den vorliegenden Bedingungen im Baurecht an die selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt Alterszentrum und Spitex der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall abzugeben.

Das Baurecht ist dafür das richtige Instrument. Das Land bleibt im Eigentum der Gemeinde, während die selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt die notwendige langfristige Planungssicherheit erhält. Die Konditionen sind nachvollziehbar und ausgewogen. So beruht der Baurechtslandwert von 4,35 Millionen Franken auf einer unabhängigen Bewertung des kantonalen Amtes für Grundstückschätzungen. Dieser Landwert wird regelmässig überprüft und angepasst. Gleichzeitig schützt der Vertrag die Interessen der Gemeinde. Das Baurecht ist an Bau und Betrieb eines Pflegezentrums gebunden. Die Qualität des Siegerprojekts aus dem Studienauftrag von 2022 muss mindestens eingehalten werden. Wesentliche Projektänderungen benötigen die Zustimmung der Gemeinde. Wird nach Erteilung der rechtskräftigen Baubewilligung nicht innert zwei Jahren mit dem Bau begonnen, kann die Gemeinde das Baurecht entschädigungslos aufheben.

Die Bedingungen sind somit nicht nur fair, sondern auch ausreichend abgesichert.

Weshalb die Burgunwiese der richtige Standort für ein Pflegezentrum ist, haben wir im Vorfeld der letzten Abstimmung ausführlich dargelegt. Sie liegt zentral, ist gut erreichbar und ermöglicht



die räumliche Verbindung eines betreuten Wohnens im Rabenfluh mit dem neuen Pflegezentrum. Dadurch können ältere Menschen je nach Unterstützungsbedarf zwischen verschiedenen Wohn- und Betreuungsformen wechseln, ohne ihr vertrautes Umfeld verlassen zu müssen.

Gleichzeitig bilden Pflegezentrum und Park eine sinnvolle Einheit. Die Bewohnerinnen und Bewohner erhalten direkten Zugang zu einem grosszügigen Grünraum. Die Cafeteria, die Spielplätze und die Begegnungsräume bringen verschiedene Generationen zusammen. Das Pflegezentrum wird nicht an den Rand des gesellschaftlichen Lebens gestellt, sondern bewusst darin eingebunden.

Auch wirtschaftlich überzeugt der Standort. Die bisherigen Vergleiche zeigten für ein Pflegezentrum auf dem SIG-Areal rund 20 Prozent höhere Betriebskosten. Diese Mehrkosten würden sich letztlich auch auf die Pflögetaxen auswirken. Auf der Burgunwiese können wir deshalb nicht nur eine städtebaulich und gesellschaftlich bessere, sondern auch eine wirtschaftlichere und sozialverträglichere Lösung realisieren.

Hinzu kommt ein realer zeitlicher Handlungsdruck. Das als Ausweichlösung vorgesehene Grundstück auf dem SIG-Areal ist nach heutigem Stand nur bis Ende dieses Jahres verfügbar. Deshalb ist es wichtig, dass die Volksabstimmung wie geplant Ende November stattfindet und somit noch dieses Jahr Klarheit schafft.

Zeitdruck allein darf nie ausschlaggebend für einen politischen Entscheid sein. In diesem Fall fehlt es aber nicht an Abklärungen. Wir beschäftigen uns seit Jahren mit den verschiedenen Standorten, haben einen Studienauftrag durchgeführt, Varianten verglichen und mehrere parlamentarische sowie direktdemokratische Entscheide gefällt.

Die Bildung einer Kommission würde zu weiteren Verzögerungen führen, uns aber kaum neue Erkenntnisse bringen. Vielmehr würde dies unsere Handlungsmöglichkeiten einschränken, uns zu einer teureren Lösung drängen und vor allem eine dringend notwendige Erneuerung unserer Pflegeinfrastruktur weiter hinausschieben.

Die Altersbetreuung eignet sich nicht für parteipolitische Spielchen. Es geht nicht darum, wer sich am Ende politisch durchgesetzt hat. Es geht darum, dass Neuhausen möglichst zeitnah ein modernes und finanzierbares Pflegezentrum an einem attraktiven Standort erhält.

Das sind wir insbesondere den älteren Neuhauser Einwohnerinnen und Einwohnern schuldig. Die FDP-Fraktion unterstützt die Baurechtsabgabe und bittet auch Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende

Man muss grundsätzlich eigentlich nicht kommentieren, warum dort ein Pflegezentrum gebaut werden soll. Das hat das Volk bereits entschieden. Auch wenn das meine Vorrednerin natürlich sehr gut gemacht hat.

Unsere grundsätzliche Haltung habe ich Ihnen bereits verkündet. Der Baurechtsvertrag ist im Wesentlichen dasselbe wie der von 2022, den wir damals bereits gutgeheissen hatten. Unterdessen wurde der heutige Baurechtszins etwas teurer. Das geht für uns in Ordnung.

Auch hier werden wir die Lösung unterstützen.

Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Gibt es weitere Wortmeldungen aus den Fraktionen? SVP/EDU. Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte der Gemeinderat etwas zu den Fraktionsvoten sagen?

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Besten Dank aber für die positive Aufnahme. Zur FDP, es ist der beste Standort. Das ist so. Das haben wir auch schon klar deklariert und das kommt auch den Bewohnern zugute.

Zu den Fragen der SP: beantworte ich diese im Rahmen der Behandlung des Antrags oder jetzt?

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Wir sind beim Eintreten.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Dann machen wir das später.

Und der GLP danke für die wohlwollenden Worte und den Spielschweigenden SVP, entnehme ich dass sie mit der Vorlage einverstanden sind.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Antrag von Thomas Leuzinger (SP)

Der Antrag zur Gründung einer 7er Kommission wurde gestellt.

Wer dem Antrag auf Einsetzung einer 7er-Kommission zustimmen möchte, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben den Antrag mit 11 Stimmen zu 8 Stimmen abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Damit kommen wir zur Detailberatung.

Seite 3

ER Thomas Leuzinger (SP)

Ich habe noch ein paar Fragen zu den Parametern:

Zur Cafeteria:

Wie kann und will die Gemeinde sicherstellen, dass dort eine Gastro-Angebot für die ganze Gemeinde unterkommt? Und welche Möglichkeiten hat die Gemeinde überhaupt geprüft, um sicherstellen zu können, dass ein Gastro-Angebot langfristig für die Bevölkerung ermöglicht wird – und zwar über die persönlichen Beziehungen und das gegenseitige Vertrauen des aktuellen Gemeinderates und der aktuellen Leitung des Alterszentrums hinaus?

Zum Aussenraum des Pflegezentrums:

Hier steht: «Der Aussenraum des Pflegezentrums und des öffentlichen Parks können miteinander so verwoben werden, dass ein gegenseitiger Mehrwert entsteht.» Aus dieser Formulierung lässt sich nicht einmal der Wunsch – auch nicht den geheimsten Wunsch – ablesen, dass die Gemeinde das gut fände. Ist das Absicht?

Zu den Parkplätzen:

Wie kommt diese Gesamtzahl zustande? Insbesondere die Zahl für Gewerbe und Parkbesucherinnen und Besucher? Wer bewirtschaftet diese Parkplätze und wer erhält die Einnahmen und kommt für Verluste auf, falls die Parkplätze nicht genutzt werden können.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Die Cafeteria, die soll allen zur Verfügung stehen. Das ist bereits heute schon so, dass im Haus Rabenfluh auch auswärtige Essen kommen, das ist gewährleistet und abgesichert. Das kann auch als Vereinbarung noch abgeschlossen werden, zusätzlich mit der Gemeinde, dass die Cafeteria benutzt werden kann.

Der Aussenraum ist so abgesichert - ja, es steht zwar «können», aber wir «wollen» natürlich. Es sind auch die gleichen Landschaftsarchitekten mit an Bord, die machen das miteinander.



Also die Uniola AG ist für den Park zuständig. Wir müssen natürlich dann den Landschaftsgärtner vom Siegerprojekt nehmen, aber die machen das eigentlich als Gemeinschaft. Und so haben wir sichergestellt, dass da die Synergien stattfinden.

Bei der Tiefgarage sieht das so aus: Fakt ist, die Tiefgarage wird so gross, wie der Fussabdruck des Gebäudes ist. Maximal die 130 Parkplätze. Dafür haben wir ja 80 Parkplätze für die Mitarbeiter im Alterszentrum. Für die Spitex selber braucht es auch noch 10 Parkplätze. Und für die Besucher des Parks sind 10 Plätze vorgesehen und beim Gewerbe sind es im Moment 20.

Wir haben ja jetzt aktuell auf den Burgunwiese 20 Parkplätze an das Gewerbe vermietet. Wir werden diese kontaktieren, wenn dem Baurechtsvertrag zugestimmt worden ist, ob sie die noch mieten wollen. Ansonsten werden wir dann die Anzahl der Parkplätze überprüfen.

Aber ich bin ja überzeugt, die werden auch anderweitig schnell vermietet werden können. Die Bewirtschaftung wird vom Alterszentrum gemacht und auch finanziert.

ER Urs Schüpbach (parteilos)

Ich habe hier noch eine kleine Frage als Ergänzung zu den Parkplätzen. Die 80 Parkplätze, die du genannt hast: sind die immer noch aktuell? Was braucht es für einen Schichtwechsel der Mitarbeitenden?

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Ja, das war einmal die Hausnummer, die wir definiert haben. Diese werden wir selbstverständlich nochmal überprüfen. Da werden wir eine entsprechende Umfrage bei den Mitarbeitern durchführen und entsprechende Anpassungen vornehmen.

Auf jeden Fall kommt die Tiefgarage nicht über die Baurechtsfläche hinaus. Das war ja auch im ersten Bericht der Fall. Diesmal ist sie wirklich unter dem Gebäude, plus-minus.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Nur ein Hinweis für das Protokoll. Ich mache hier nochmals auf den Punkt aufmerksam, den ich beim Park gestellt habe. Bitte schaut, was ihr auf diesem Areal mit dem Regenwasser macht.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Wir werden sicher das Regenwasser, wie wir das auch gesagt haben, mit den Zisternen sammeln und für die Bewässerung und den Aussenflächen benutzen. Das ist schon so vorgesehen. Auch die entsprechende Klimatisierung für das Pflegezentrum ist schon so vorgesehen, dass in den Räumen eine angenehme Temperatur ist, falls nochmals so eine Hitzeperiode kommen sollte.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Ich habe zwei Fragen zur Seite 3.

Die erste Frage ist: Warum beginnt die Zinspflicht am Tag der Bezugsbereitschaft? Das ist etwas sehr, sehr Seltsames, aus meiner Sicht.

Wenn ich ein Stück Bauland kaufe, dann kann ich es auch nicht erst bezahlen, wenn ich das Haus fertig gebaut habe. Also, da ist es irgendwie wahrscheinlich «Häfeli-Deckeli», wie es halt so üblich ist bei uns.

Und das Zweite ist, ich mache einfach darauf aufmerksam: Ich traue vor allem auch der Verwaltungskommission alles zu. Das, was wir unter Punkt 2.1.4 stehen haben, ist nicht verpflichtend. Sie können, wenn sie das Bauland bekommen und die Baurechtsurkunde unterschrieben ist, machen, machen was Sie wollen.

Rechtlich haben wir keine Möglichkeit, dass man da 130 Pflegeplätze macht. Überhaupt, wir machen dann auch 150. Wir haben eine Tiefgarage mit 130, vielleicht sind es noch 300, ich weiss das alles nicht. Also, wir haben keine Einflussmöglichkeit auf das, was dann wirklich gebaut wird.

Wir geben die Verantwortung ab, weil wir die ganze Verantwortung sowieso der Verwaltungskommission abgeben. Wie gesagt, ich traue ihr nicht, und ich werde darum diesem Antrag der Verwaltungskommission auch nicht zustimmen.

**GR Christian Di Ronco (die Mitte)**

Ja Ernst, dein Misstrauen gegenüber der Verwaltungskommission begleitet diese ja schon seit Anfang, seit Bestehen, da ist ja nichts Neues.

Wieso du das alles infrage stellst, ist auch sehr überraschend. Wir haben ein Siegerprojekt, wo klar definiert ist, wie es auszusehen hat, und dann wird das auch so entsprechend umgesetzt. Also sehr überraschend.

Und das mit der Zinspflicht ist halt so: Ich habe extra noch einmal beim Grundbuchamt nachgefragt. Bei öffentlich-rechtlichen Baurechtsverträgen, also zwischen öffentlichen Institutionen, beginnt die Zinspflicht normalerweise erst mit der Bezugsfreigabe. Und zusätzlich ist noch eine Sicherung eingebaut: spätestens nach vier Jahren.

Es kann ja sein, dass es noch Bauverzögerungen gibt. Es gibt Einsprachen. Aus diesem Grund hat es eine Sicherung für die Gemeinde drin. Wieso sollen jetzt noch die Bewohnenden zusätzlich mit Zinsen belastet werden, die im Vorfeld anfangen, bevor überhaupt gebaut worden ist und bevor das Alterszentrum in Betrieb genommen wird?

Das muss jemand bezahlen. Das sind die Bewohner dann. Ich verstehe nicht, wieso du sozialen Pfad verlassen hast. Du bestrafst hier nicht die Verwaltungskommission, du bestrafst die Bewohnerinnen. Die haben die Rechnung am Ende.

Darum nach Bezugsfreigabe mit Absicherung bis nach vier Jahren nach Eintrag des Baurechtsvertrages. Der Gemeinde entgeht kein Franken, denn darauf ist jetzt ein Spielplatz. Das ist keine Einnahme. Also die Gemeinde hat nichts zu verlieren, wenn das vielleicht deine Absicht gewesen ist.

Seite 5**ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)**

Auf Seite 5 finden Sie den Grund, warum ich dem Gemeinderat in gewissen Sachen kein Wort glaube. Sie haben dort den Zeitplan, und Sie sehen: vorhin wurde gesagt, das Pflegezentrum und der Park werden parallel geplant. Aber seltsam: Die Einreichung des Baugesuchs ist Ende 2027.

Also seltsam, da plant man offensichtlich nicht parallel, sondern ein Jahr früher, weil in der Vorlage ja 2028/29 stand.

Und dann steht da Baubeginn im 1. Quartal 2029. Und beim anderen will man dann erst 2031 bauen. Also da ist jetzt etwas erstellt worden, und vor allem in der Vorlage, was da genau anders dargestellt wird. Und darum glaube ich dem Gemeinderat diesbezüglich kein Wort.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Wird Rückkommen verlangt?

Das ist nicht der Fall.

Wird das Wort zu den Beilagen gewünscht?

Das ist der Fall. Am einfachsten ist es, wenn ihr die Seite nennt zu denen ihr sprechen möchtet. Zur Beilage: Entwurf Baurechtsvertrag Burgunwiese vom 3. August 2026

ER Dimitrij Ruh (SP)

Seite 14 – Art. 21

Geschätzte Kollegen und Kolleginnen

Ich unterstütze die Baurechtsabgabe grundsätzlich, möchte aber noch etwas zum Artikel 21 zur Sprache bringen. Der Vertrag verweist bezüglich nachhaltigem Bauen auf die zur Eingabe des Baugesuches gültigen Merkblätter für ökologisches Bauen sowie den eco-devis, die anzuwenden sind. Solche Vereinbarungen sind begrüßenswert. Was mir im Artikel 21 fehlt, sind konkrete Vorgaben zur Kreislaufwirtschaft und zum zirkulären Bauen, beispielsweise zur Rückbaubarkeit, Trennbarkeit und Wiederverwendbarkeit von Bauteilen im Sinne von «Design for Disassembly». Wenn wir ein Baurecht für 99 Jahre vergeben, sollten wir meiner Meinung nach beim



Thema Nachhaltigkeit nicht nur auf die Auswahl ökologischer Materialien schauen, auf den möglichst effizienten Betrieb, sondern auch darauf, so wenig Materialien wie möglich und bestehende Materialien und Bauteile zu verwenden. Diese sollten so verbaut werden, dass sie trennbar, abbaubar und wiederverwendbar sind. Das Thema Nachhaltigkeit umfasst nicht nur den Bau, sondern auch den Betrieb, die Sanierung, die Umnutzung und eben auch den Rückbau.

Ist/war die Kreislaufwirtschaft oder das zirkuläre Bauen ein Thema?

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Ja, ich wäre dir dankbar gewesen, wenn du mir die Fragen im Voraus geschickt hättest. Dann hätte ich sie etwas tiefgründiger beantworten können.

Ich glaube, Eco-Zertifizierung, das sagt doch etwas zu den Baumaterialien, ob nachhaltige Baumaterialien verwendet werden müssen. Ich gehe davon aus, dass dort drin – das ist also ein dickes Buch – alles enthalten ist, was du gesagt hast. Aber ich kann das gerne noch nachlegen. Aber jetzt bin ich da zu wenig in der Tiefe, Entschuldigung.

ER Thomas Leuzinger (SP)

Seite 7 – Art. 5

Der Risikozuschlag ist im Vertrag festgelegt, aber wie wurde dieser Satz bestimmt? Gibt es Benchmarks mit vergleichbaren Projekten? Weshalb kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass 0.25% für ein 99-Jahres-Engagement angemessen sind?

Seite 13 – Art. 19

Der Artikel 19 erlaubt die Übertragung des Baurechts mit Zustimmung der Gemeinde. Mich würde interessieren, was bei einer Fusion und einer Privatisierung passiert. Welche Möglichkeiten hat die Gemeinde, falls jetzt, wie die FDP das ja schon länger will, dieses Pflegezentrum privatisiert werden sollte? Dann würde mich interessieren, welche Handlungsmöglichkeiten die Gemeinde in diesem Fall hat.

Seite 14 – Art. 21

In Art. 21 sind klare Standards definiert (Minergie-P, Dachbegrünung, Lichtemissionen, Nachhaltigkeit). Da würde mich einfach interessieren: Es sind verschiedene Standards definiert, ähm, wie gebaut werden soll. Ähm, was mich einfach noch ein wenig interessieren würde, ist, wie das überhaupt kontrolliert wird, ob diese Standards eingehalten werden, und was von Seiten der Gemeinde die Konsequenzen wären, wenn diese nicht eingehalten werden.

Seite 16 – Art. 25

Hier ist eine Rückzugssumme von 20'000 Franken festgelegt. Da habe ich mich nur gefragt, wieso die Summe so tief ist. Es könnte auch kein höherer Betrag sein, um klarzustellen, dass dieses Angebot auch verpflichtend gemeint ist und aufwändig gebaut wird, bei einem Landwert von 4'35 Millionen CHF.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Ich versuche, die Fragen zu beantworten.

Beim Risikozuschlag: Das ist zusammen mit dem Amt für Grundstückschätzungen erarbeitet worden. Wenn es eine Industriebaute ist, ist das Risiko viel höher als bei einem öffentlichen Pflegezentrum, dass diese ungenutzt werden kann. Darum ist der Risikozuschlag bei 0,25 Prozent.

Art. 19, also, die Gemeinde ist ja Besitzerin der öffentlich-rechtlichen Anstalt. Die kann, die kann nicht einfach eine Übertragung des Baurechts vornehmen, dafür braucht es die Zustimmung der Gemeinde. Die Gemeinde hat sowieso das Vorkaufsrecht. Die Gemeinde muss zustimmen. Die

Gemeinde ist so Grundeigentümerin des Landes. Sie hat es nur im Baurecht an die Betreiber abgegeben. Von da her ist klar: Ohne Gemeinde geht da nichts.

Artikel 21, wie war die genaue Frage Thomas?

ER Thomas Leuzinger (SP)

Wie wird kontrolliert nach Baubeginn und was sind die Konsequenzen, falls die Standards nicht eingehalten werden? Was hat die Gemeinde dann für Handlungsmöglichkeiten?

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

In der Baukommission wird ein Vertreter der Bauverwaltung Einsitz nehmen und bezüglich der Standards für die Eco-Zertifizierung, wird alles dokumentiert, sodass man am Schluss auch das Zertifikat erhält. Also diese Kontrolle findet statt. Eine Frage hattest du noch betreffend Submissionen.

Die öffentlich-rechtliche Anstalt untersteht ganz normal dem Submissionsgesetz, wie wenn wir einen Kindergarten bauen, weil der Eigentümer, die Gemeinde, ist. Der Vergabeprozess.

ER Thomas Leuzinger (SP)

Die letzte Frage war bezüglich der 25'000 Franken.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Das ist so, wenn jetzt zum Beispiel die ÖRA sagt: wir wollen das Baurecht nicht angehen, dann gibt es diese 20'000 Franken. Also wenn sie vom Vertrag zurücktritt.

Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Und warum das so tief ist?

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Das ist so definiert worden. Es wurde auch von Grundbuchamt so für gut geheißen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Ich schlage vor, wenn jemand so viele Fragen stellt, dass wir es vermutlich einzeln machen, sonst wird es ein bisschen schwierig. Das Wort hat der Einwohnerrat Ernst Schläpfer.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Seite 13 – Art.19

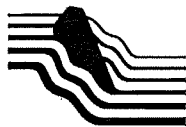
Ich möchte eine Bemerkung machen zu dem, was Christian gesagt hat.

Ich habe meinen sozialen Ader überhaupt nicht verloren. Im Gegenteil. Das wäre nämlich viel billiger gewesen, wenn die Gemeinde selber und nicht die öffentlich-rechtliche Anstalt, gebaut hätte. Das wäre viel günstiger gewesen, dann bräuchten wir nicht über den Baurechtszins zu diskutieren.

Ich finde das mit dem Baurechtszins nach wie vor eine sehr problematische Sache. Aber macht, was ihr wollt.

Was ich noch sagen wollte, einfach nochmals zuhanden des Protokolls: Teilübertragung, Artikel 19: «ohne Zustimmung», also der dritte Absatz wurde schon angesprochen, «ohne Zustimmung der Grundeigentümerin.» Das heisst, es muss dort eine Volksabstimmung geben. Das ist nicht der Gemeinderat? Und da darf die Bevölkerung endlich wieder einmal mitreden.

Grundeigentümerin, also zustimmende Grundeigentümerin, ist die Gemeinde. Also, wird es da eine Volksabstimmung geben? Zum Protokoll: Ist das der Gemeinderat, der das selbstständig machen kann, wie er eben normalerweise handelt, ziemlich selbstständig?



GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Hier geht es um einen Verstoss.

Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Nein

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Doch. Es geht um einen Verstoss. Hier hat die Gemeinde das Recht, einen Heimfall herbeizuführen. Das ist der Inhalt dieses Satzes. Wenn du richtig fertig liest, du musst eben den ganzen Satz lesen.

Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Nein, es steht da ganz klar: Bei einer Übertragung des Baurechts an einen Rechtsnachfolger, ohne Zustimmung der Gemeinde, der Grundeigentümerin. Und dann kommt noch das «Oder». Oder wenn es irgendwie falsch läuft, oder?

Aber da ist grundsätzlich gefordert, dass die Gemeinde zustimmen muss. Und ich möchte klar sagen: Hier will ich wissen, müsste es dann eine Volksabstimmung geben, oder wie? Das ist sein «Oder», und das heisst, der erste Teil gilt auch.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Nein, du musst den Satz wirklich weiterlesen. Es geht darum, wenn da ein Verstoss stattfindet, kann die Gemeinde den Heimfall herbeiführen. Das kann nicht verkauft werden. Das funktioniert nicht.

ER Peter Fischli (FDP)

Das Durchsetzungsrecht liegt bei der Gemeinde, das ist doch korrekt. Sie müssen dann ja handeln, zu Gunsten der Gemeinde, wenn ein Verstoss vorliegt.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Ernst, ich weiss, was du meinst. Falls sie eine Zustimmung geben möchte, die Gemeinde, dann kommt das wahrscheinlich sicher in den Einwohnerrat, es ist auch wieder wahrscheinlich eine Finanzfrage. Und möglicherweise gibt das auch eine Volksabstimmung.

Das kann ich aber nicht sagen.

Der Gemeinderat kann ich hier nicht einfach die Zustimmung geben und sagen: Ja, gebt das weiter. Das war die Frage, oder?

Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Genau.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Und ohne Zustimmung gibt es einen Heimfall. Mit Zustimmung kommt es in den Rat.

Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Zu Händen des Protokolls möchte ich einfach klar festhalten, dass der zweite Teil bedeutet, dass, wenn es nicht korrekt läuft, nachher der Heimfall passieren kann. Beim ersten Fall, vor dem «Oder», geht es aber um die Übertragung an einen anderen Besitzer. Und ich bin sogar der Meinung, dass das aufgrund der Volkssumme oder der Verkaufssumme oder so eine Volksabstimmung sein muss.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende



Wenn ich das jetzt richtig gedeutet habe, ist das eine Frage der Kompetenz. Also: Wer entscheidet über die Übergabe dieses Baurechts?

Und ich behaupte, Irrtum vorbehalten, dass unsere Verfassung darauf eine Antwort gibt. Nämlich zum Beispiel gibt es eine Kaskade, die auch am Schluss in der Tabelle drin ist. Das steht zum Beispiel in Artikel 32:

Dem Gemeinderat steht insbesondere zu: und dann unter lit. e, Ziffer 2: der Kauf, Verkauf, Tausch und Verpfändung von Liegenschaften oder die Gewährung oder Übernahme von Baurechten bis zum Betrag von 200'000 Franken.

Und mit entsprechendem Wortlaut geht das dann weiter beim Einwohnerrat und beim Stimmvolk und so weiter.

Jetzt, ob der exakte juristische Wortlaut, ob das jetzt hier zutrifft, weiss ich nicht. Ich gehe schwer davon aus und würde das auch zuhänden des Protokolls so darlegen, dass das unter diese Regelung fallen würde. Und da würde diese Kaskade greifen.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Ich habe keine Ergänzungen mehr.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Somit wird das so im Protokoll festgehalten. Gibt es weitere Fragen zu dieser Beilage?

Wird Rückkommen verlangt? Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Beilage: Plan Abgrenzung Parzellen

Seite 1

Wird Rückkommen verlangt?

Das ist nicht der Fall.

Zur Beilage: Plan Öffentliches FUSS- und Fahrwegrecht

Seite 1

Wird Rückkommen verlangt?

Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zum Antrag auf Seite 5 des Berichts und Antrags, welcher folgendermassen lautet:

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreitet Ihnen der Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Abgabe im Baurecht, gemäss vorliegendem Entwurf des Baurechtsvertrags, des Grundstücks GB Nr. 2967 sowie der Teilabgabe des Grundstücks GB Nr. 513 im Baurecht an die selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt Alterszentrum und Spitex der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall zum Bau eines Pflegezentrums wird zugestimmt.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben dem Antrag mit 13 zu 1 Stimmen mit 5 Enthaltungen zugestimmt.

Der Beschluss untersteht gemäss Art. 11 lit. h der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) der obligatorischen Volksabstimmung.

Das Geschäft ist erledigt.

GEMEINDE

**NEUHAUSEN
AM RHEINFALL**

CH-8212 Neuhausen am Rheinfall
www.neuhausen.ch



Traktandum 4

Bericht und Antrag betreffend Pensenerhöhung Technische Betriebe.

Zuständiger GR: Andreas Neuenschwander (SVP)

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst GR Andreas Neuenschwander.

GR Andreas Neuenschwander (SVP)

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

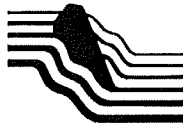
Ja, einen solchen Antrag auf eine doch erhebliche Pensenerhöhung gibt es nicht häufig. Doch dass diese Erhöhung notwendig ist, will ich euch mit den folgenden Worten aufzeigen. Ich kann euch versichern, dass wir die Situation in der TBN-Leitung ausgiebig und über längere Zeit analysiert haben. Dabei wurden eine Vielzahl von Arbeitsrapporten zu Rate gezogen und ausgewertet. Und nun findet der schon unter meinem Vorgänger Ruedi Meier gestartete Prozess in diesem Bericht und Antrag sein vorläufiges Ende.

Gerne will ich nochmals einige wichtige Punkte erwähnen. Dass unsere Gemeinde in allen Belangen gewachsen ist, ist uns allen bekannt. Mehr Einwohner bedeuten erfreulicherweise mehr Steuereinnahmen, allerdings ebenso mehr Aufwand und somit Ausgaben. Sei es bei der Einwohnerkontrolle, im Sozialbereich und eben auch im Unterhalt der öffentlichen Infrastruktur. Dieser letztgenannte Punkt betrifft unsere TBN-Leute sehr, aber nicht nur. Wie der Anhang konkret zeigt, wurden 28 Pflanzentröge und 35 Blumenkisten neu gestellt. 52 Rabatten sind neu angelegt oder umgestaltet worden. Und bei allen Strassenneubauten oder -revisionen wurde das Strassenbegleitgrün erneuert und erweitert. Auch die Neophytenbekämpfung nimmt stetig zu. Ebenso sind die Anforderungen an den Wochenenddienst gestiegen. Vor einigen Jahren benötigten unsere Mitarbeitenden 3-5 Stunden, aktuell sind es 6-8 Stunden, was quasi einem Arbeitstag entspricht. Ziel ist es jeweils, diese Stunden in der Folgeweche zu kompensieren. Dass dies bei knapp 30 Mitarbeitenden nicht immer einfach ist, ist verständlich. Und das macht es auch schwierig, die Mehrstunden im Griff zu haben.

Zwei Punkte, die nicht spezifisch auf der Zusammenstellung der Mehrarbeit zu finden sind, will ich gerne noch ansprechen. Zum einen fällt die Burgunwiese per 31.12.26 wieder zurück an die Gemeinde. Das bedeutet, dass die TBN wieder für den Unterhalt verantwortlich ist. Mit zwei Abfallkübeln, einem WC, einem Brunnen und der Pflege der letzten Rasenstücke ist der Aufwand überschaubar, während der Rheinfallsaison kann allerdings dann doch einiges dazukommen. Und auch wenn unsere Mitarbeitenden meist im Vordergrund, und somit auch in Kontakt mit der Bevölkerung stehen, gibt es einige Arbeiten, die viele von uns nicht mitbekommen. Bei vielen Veranstaltungen der Gemeinde helfen sie tatkräftig mit, als aktuelles Beispiel gilt es die Brot- und Chästeilete zu nennen, bei der mit vier Mitarbeitern der TBN der Platz innert kürzester Zeit wieder aufgeräumt war. Auch am Sommer-Familienfest vom kommenden Sonntag oder am Adventsmarkt stehen die TBNler im Einsatz. Auch wenn ein Kindergarten oder ein Schulhaus resp. eine Schulklasse ein Fest feiert, unterstützen die TBN die Organisatoren.

An dieser Stelle will ich mich bei meinen Mitarbeitenden für ihren Einsatz bedanken. Sie sorgen tagtäglich dafür, dass unsere Gemeinde sauber und gepflegt bleibt und unterstützen uns regelmässig bei zahlreichen Anlässen. Und dies während 365 resp. 366 Tagen im Jahr.

Der Gemeinderat empfiehlt dem Einwohnerrat diesem Bericht und Antrag zuzustimmen und die Pensenerhöhung per 1. Oktober 2026 zu ermöglichen. Besten Dank



Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Gibt es Wortmeldungen zum Eintreten?

ER Urs Schüpbach (parteilos)

Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Die SP/Grünen Fraktion, hat diesen Bericht und Antrag interessiert angeschaut und beraten. Wir stehen aus folgenden Gründen geschlossen hinter dieser Vorlage:

Die Technischen Betriebe leisten einen grossen Beitrag zum Wohl der Gemeinde, das haben wir jetzt auch vom Gemeinderat gehört. Ich möchte dies einfach nochmals unterstreichen.

Die Technischen Betriebe haben vielfältige Aufgaben, die zur Visitenkarte von Neuhausen beitragen.

Saubere Spielplätze, ein gepflegter Friedhof, schöne Blumenrabatten, gereinigte WC-Anlagen und der allgemeine öffentliche Grünraum, der sich zeigen lässt.

Der Arbeitsaufwand ist stark gestiegen, insbesondere durch Neubepflanzungen, im Grünbereich durch den Klimawandel und durch eine Gemeinde, die gewachsen ist. Die vielen Sitzgelegenheiten und Picknicktische kommen ebenfalls hinzu. Diese Aufzählung ist nicht abschliessend.

Die Technischen Betriebe unterstützen viele Anlässe von Vereinen und der Schule oder bei grossen Festanlässen der Gemeinde. Ohne diese Unterstützung könnten viele Projekte und Anlässe nicht durchgeführt werden können

Die Entsorgung wurde optimiert, der Karton wird abgeholt, die Sammelstellen müssen in Schuss gehalten werden.

Die Verschönerung der Gemeinde hat einen Preis. So gibt es viele Puzzleteile, die im Bericht und Antrag aufgezählt wurden, die zu einem guten Service Public beitragen, den wir als SP/Grüne stärken wollen.

Uns ist aber auch wichtig und das trauen wir der Leitung TBN zu, dass die neuen Stellen in die Jahres- oder Quartalsarbeitstouren oder Tagestouren vollumfänglich eingebaut werden. So wird das Personal optimal eingesetzt und der Arbeitsaufwand ist festgelegt. Wir stimmen dieser Vorlage zu, vielen Dank

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende

Die Technischen Betriebe Neuhausen am Rheinfall sind für die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall von zentraler Bedeutung. Im Alltag, aber auch darüber hinaus schauen sie dafür, dass das Leben in Neuhausen sauber und ordentlich abläuft, dass die Bepflanzungen gehegt und gepflegt werden, dass die Spiel- und Sportanlagen unterhalten werden und nicht zuletzt, dass die öffentlichen Räume auch weiterentwickelt werden, wie zuletzt auf ganz gute Weise beim neuen Spielplatz Zuba. Mit den rund 30 Personen von über 150 Mitarbeitenden sind die TBN ausserdem ein wesentlicher Bestandteil der Gemeindeverwaltung.

Das Studium der Vorlage führt zu folgenden Feststellungen: Durch die Entwicklung der Gemeinde Neuhausen ist grundsätzlich nachvollziehbar, dass Mehrarbeiten bei den TBN entstehen. Der Vorlage angefügt wurde ausserdem eine detaillierte Auflistung, in welchen Bereichen die Mehrarbeiten entstehen. Dafür ist dem Gemeinderat zu danken. Was aus unserer Sicht jedoch fehlt, ist die Prüfung und ggf. das Verwerfen von Alternativen. In einer Beschlussvorlage



sollten Alternativen eigentlich beleuchtet werden, insbesondere bei derart wesentlichen Aufstockungen der Stellenprozente. Es ist aus unserer Sicht daher angezeigt, die zugrundeliegenden Überlegungen in einer Kommission vertieft zu beleuchten und vom zuständigen Referenten auch zu erfahren, welche Alternativen geprüft und ggf. verworfen wurden, um das Problem anderweitig zu lösen. Ausserdem sind die finanziellen Auswirkungen im Bericht nicht dargelegt.

Dieser Antrag ist nicht als Kritik an der wertvollen Leistung der TBN-Mitarbeitenden zu verstehen, sondern an die Erwartung, das Thema etwas genauer angeschaut zu haben und eine effektive und effiziente Führung der TBN sichergestellt zu wissen. Im Übrigen sind Kommissionen nie als Kritik zu verstehen, oder in den allerwenigsten Fällen, auch nicht als Verzögerung oder was auch immer. Kommissionen gehören zu unserem parlamentarischen Alltag.

In Rücksprache mit meiner Fraktion und den GPK-Mitgliedern waren wir der Meinung, dass dies eine geeignete Aufgabe für die GPK sei. Einerseits kennt die GPK das Format der Befragungen und hat in diesem Zuge auch die TBN bereits mehrfach thematisiert und andererseits entspricht das Thema der verfassungsmässigen Aufgabe der GPK relativ gut, im Sinne der Prüfung der Geschäftsführung des Gemeinderats und der Verwaltung. Wir haben auch jeweils den Stellenplan bei uns in der GPK.

Deshalb beantrage ich, dass man das Geschäft der GPK zuweist. Dieser Antrag ist mehr als Angebot zu verstehen, es spielt eigentlich keine Rolle, ob es die GPK macht – aus den erläuterten Gründen oder eine Spezialkommission. Es ist als Antrag zu verstehen, sodass wir einen Antrag haben, worüber wir diskutieren können.

ER Deborah Isliker (SVP)

Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Gemeinderäte, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Anwesende

Die SVP/EDU-Fraktion anerkennt die vielfältigen und stetig wachsenden Aufgaben der Technischen Betriebe. Mit dem Bevölkerungswachstum nehmen auch die zu betreuenden Flächen, die Infrastruktur und der Gesamtaufwand zu. Das Gesuch um eine Aufstockung des Stellenetats ist deshalb grundsätzlich nachvollziehbar.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Technischen Betriebe zunehmend zusätzliche Arbeiten übernehmen müssen, beispielsweise aufgrund eines erheblichen Mehraufwands durch Abfall, Verschmutzungen und Vandalismus an einzelnen Hotspots.

Hier stellt sich für uns die grundsätzliche Frage: Wollen wir dauerhaft zusätzliche personelle Ressourcen für die Beseitigung der Folgen einsetzen – oder sollten wir das Problem stärker an der Wurzel bekämpfen? Denkbar wären beispielsweise verstärkte Kontrollen oder die konsequente Ahndung von Verstössen. Es kann nicht die langfristige Lösung sein, dass die Allgemeinheit immer mehr Personal finanzieren muss, weil sich einzelne Personen nicht an die grundlegenden Regeln des Zusammenlebens halten.

Zudem erwarten wir, dass geprüft wird, welche Arbeiten tatsächlich durch eigenes Personal ausgeführt werden müssen und bei welchen Aufgaben eine Fremdvergabe zweckmässiger und wirtschaftlicher wäre. Eine Stellenaufstockung darf nicht automatisch dazu führen, dass sämtliche zusätzlichen oder neu anfallenden Arbeiten dauerhaft innerhalb der Verwaltung erledigt werden.

Dennoch, die SVP/EDU-Fraktion unterstützt die beantragte Aufstockung. Wir verbinden unsere Zustimmung jedoch mit der klaren Erwartung, dass die Aufgaben und der Personaleinsatz nach einer angemessenen Frist wiederum evaluiert werden. Besten Dank.

ER Peter Fischli (FDP)



Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, geehrte Ratskolleginnen und -kollegen, werte Gemeinderäte und liebe Gäste

Mehr Bevölkerungswachstum führt zu mehr Abfall, mehr Arbeit, steigendem Energiebedarf, Wohnungsnot und höherem Druck auf die Umwelt sowie die soziale Infrastruktur.

Das Neuhauser Bevölkerungswachstum hat Folgen, beispielsweise führen mehr Leute zu höherem Konsum und erzeugen mehr Abfall.

Mehr Abfall, der Eingesammelt und der Verwertung zugeführt werden muss, ergibt mehr Arbeit. Karton- und Grüngutsammlungen sind sinnvoll, geben aber in der gleichen Masse mehr Arbeit, wie andere Entsorgungsbereiche.

Mehr CO₂-Ausstoss, weniger Grünflächen und höherer Wasserverbrauch belasten die Natur. Wie wir alle wissen, verfügt unsere Gemeinde über vergleichsweise viele Grünflächen. Weniger Bodenversiegelung und mehr Grün schaffen gesündere Orte, kühlen die Hitze im Sommer, verbessern das Wasser und benötigen aber mehr Pflege- und Schnitтарbeiten.

Mehr Grün im Siedlungsgebiet bedeutet mehr Arbeit.

Ich resümiere aus dem Bericht und Antrag und addiere: 2019 waren im Werkhof der Technischen Betriebe Neuhausen 23,8 Stellen bewilligt. Diese Zahl hat sich bis 2025 um 1,3 Stellen auf 25,1 Stellen erhöht. Diese Zunahme von 1,3 Stellen ist mit zusätzlichen neuen Aufgaben begründet.

Und jetzt der Dreisatz: Im gleichen Zeitraum hat die Bevölkerung um mehr als 16% zugenommen, dies würde, umgerechnet auf den Anfangsbestand von 23,8 Stellen einer Zunahme von 3,8 Stellen entsprechen. Korrekterweise müssten die 1,3 Stellen, welche mit zusätzlichen Aufgaben begründet sind, also zu den 3,8 Stellen dazugerechnet werden. Es ergäbe sich somit ein rechnerischer Nachholbedarf von 5,1 Stellen!

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, da kommen wir mit 2,8 Mehrstellen sehr gut weg und bleiben als Gemeinde schlank.

Die FDP anerkennt die Notwendigkeit dieser gut begründeten Pensenerhöhung und tritt auf die Vorlage ein.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Wünscht der GR das Wort zum Eintreten der Fraktionen?

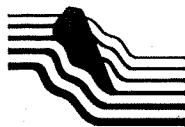
GR Andreas Neuenschwander (SVP)

Ja, danke vielmals. Vielen Dank für die generell sehr gute Aufnahme. Ich möchte noch ein paar Worte zu den einzelnen Voten sagen.

Ich fange gerne gerade bei Peter Fischli mit seinem Dreisatz an. Es ist natürlich nicht so, dass wir so gerechnet haben. Aber es ist tatsächlich so: Die 2,8 Stellen beziehungsweise 280 Stellenprozente, die jetzt am Schluss auf dem Tisch liegen, sind wirklich das Ergebnis von rund einundeinhalb Jahren Arbeit, in denen sich immer wieder Veränderungen ergeben haben und sich auch die Position immer wieder ein bisschen verändert hat. Und wir haben, wie gesagt, wirklich jeden Rapport angeschaut.

Und damit komme ich gerade zur SVP. Es ist definitiv so, dass wir wirklich auch geschaut haben, was wir allenfalls auswärts vergeben könnten. Wir geben schon einige Arbeiten auswärts, vor allem diejenigen, für die wir entweder nicht die Spezialisten dazu haben oder auch die Maschinen nicht haben. Das macht definitiv Sinn. Das wird auch jeweils laufend geprüft.

Das Problem, was Deborah angesprochen hat, dass immer wieder neue Ressourcen gesprochen werden müssen: genau das wollen wir nicht. Darum haben wir uns jetzt wirklich auch die Zeit genommen und geschaut, wie wir die Pensen entsprechend so verteilen können, wie wir sie brauchen.



Es gibt eine Ausnahme: der Burgunpark. Da wisst ihr, das stand bereits im ersten Antrag beziehungsweise im ersten Abstimmungsbüchlein drin: sobald der Park fertig ist, wird ungefähr eine zusätzliche Mitarbeiterstelle benötigt.

Zur GLP will ich noch sagen: Wir prüfen Alternativen laufend, quasi bei jedem Auftrag, vor allem bei jedem neuen Auftrag, den wir durchführen dürfen.

Die Finanzen sind noch ein Thema gewesen. Die sind natürlich relativ schwer, eigentlich unmöglich abzuschätzen. Denn die Stellen, wie wir sie hier beschrieben haben, sind natürlich unsere Wünsche, die wir haben.

Man muss sagen, grundsätzlich arbeiten praktisch alle als Allrounder. Also auch der Landschaftsgärtner steht hinten auf dem Kehrtrichterfahrzeug. Aber unser Wunsch ist, wir werden es auch so ausschreiben, dass wir zum Beispiel noch einen zusätzlichen LKW-Fahrer oder auch eine Fahrerin gewinnen können. Wir sind jetzt nämlich ein bisschen knapp aufgestellt, es reicht gerade so.

Aber nochmals: Das ist nicht einfach ein LKW-Fahrer als LKW-Fahrer. Das ist ein LKW-Fahrer, also ein Allrounder, der auch LKW fahren kann. Das sind eigentlich unsere Mitarbeitenden.

Wenn wir den nicht finden, nehmen wir aber auch gerne zwei Allrounder, die eher den tieferen Lohnbändern eingeteilt sind, diese Allrounder.

Darum, wie gesagt, ist es fast nicht abschätzbar, was effektiv am Schluss daraus wird.

Fabian, du hast einen Antrag gestellt, zur Überweisung an die GPK. Ich habe es ausgeführt: Wir haben wirklich alles, alles geprüft, was wir gefunden haben, und ähm ich empfehle dem Rat, den Antrag abzulehnen.

Zu der SP: Danke vielmals auch für die einstimmige Zustimmung und die gute Aufnahme. Ich muss aber einen Dank weitergeben, dass der Karton gesammelt wird. Das möchte ich nicht bei mir lassen, das möchte dem Baureferat weitergeben. Das ist von dort aus organisiert worden. Aber es stimmt: Meine Leute sammeln es ein.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den Kommissionsantrag. Hat jemand Voten?

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Wir sind zwar in der SP, die grüne Fraktion, der Meinung, dass die Stellen gerechtfertigt sind. Aber wir haben mehr Anstand als ihr.

Wenn eine GLP einen Antrag auf eine Kommission stellt, auch an die GPK, wird die SP-Fraktion zustimmen.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende und vor allem lieber Ernst

Direkt zu Beginn herzlichen Dank für diese Unterstützung.

Ich glaube, wenn ich in die Runde höre und auch die Begründung des Referenten höre, muss ich zum Schluss kommen, dass es nicht sinnvoll ist, wenn wir das Ganze noch um einen Monat, zwei oder drei Monate hinauszögern. In dem Moment ist es für mich sinnvoller und verhältnismässiger, diesen Antrag zurückzuziehen, weil ich nicht denke, dass die Extrarunde wirklich neue Erkenntnisse bringt. Damit kann ich auch grundsätzlich gut leben.

Besten Dank für die Einschätzungen und auch für die Beantwortung durch die entsprechenden Referenten, Andi. Danke.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Ich verstehe jetzt, es ist richtig: Der Antrag an die Kommission ist zurückgezogen worden.

ER Fabian Bolli (GLP)

Ja.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Damit kommen wir zur Detailberatung. Ich werde den Bericht und Antrag seitenweise durchgehen.

Seite 1

Seite 2

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Ich mache einfach noch einmal darauf aufmerksam, was wir, Jakob Walter und ich schon lange gesagt haben, was auch vom Gemeindepräsidenten einmal versprochen wurde: dass Neuhausen nicht mehr weiter wachsen soll.

Neuhausen wächst. Es wird sogar noch sinnlose Reklame für Neuhausen gemacht, meiner Meinung nach. Aber das kostet. Das wollten wir einfach wieder einmal sagen.

Gemeinderatspräsident Felix Tenger (FDP)

Ich sage gerne noch zwei Sätze zu diesem neuen Anwurf von Ernst.

Auf dem Richtplan haben wir immer gesagt, wir werden auf ungefähr 12'500 Einwohner anwachsen. Das wäre einfach auch den entsprechenden Bauten geschuldet, die jetzt aber mehr oder weniger alle stehen. Das wurde eigentlich immer ganz klar kommuniziert, wahrscheinlich hat Ernst nicht zugehört.

Wir sind jetzt bei ungefähr 12'200, 12'300, aber werden uns in dieser Grössenordnung ungefähr einpendeln. Das wurde auch immer so gesagt.

Und ob einem die Werbung gefällt oder nicht gefällt: Wir haben sehr positive Resonanzen und wir treten selbstbewusst auf und wollen das auch gegen aussen zeigen. Wir haben sehr positives Feedback erhalten.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Wird Rückkommen verlangt?

Das ist nicht der Fall.

Wird das Wort zu den Beilagen gewünscht?

Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag auf Seite 4 der Vorlage. Dieser lautet wie folgt:

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreitet Ihnen der Gemeinderat den folgenden Antrag:

Die Pensen für die Technischen Betriebe Neuhausen werden per 1. Oktober 2026 um 280 auf 2'790 Stellenprozente erhöht.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben dem Antrag mit 18 Für - Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 5

Bericht und Antrag betreffend Schaffung einer Stelle ICT-Koordination, Projektleitung und Digitalisierung.

Das Traktandum 5 wird vertagt.

Traktandum 6

Motion Nr. 2026.02 von Herbert Hirsiger vom 6. Mai 2026 mit dem Titel: Reglement zur punktuellen Videoüberwachung und Bussenkatalog.

Das Traktandum 6 wird vertagt.

Traktandum 7

Interpellation Nr. 2026.01 von Ernst Schläpfer vom 6. Mai 2026 mit dem Titel: Abstimmung Neues Pflegezentrum der ÖRA « Altersheime und Spitex», Neuhausen.

Das Traktandum 7 wird vertagt.

Traktandum 8

Bericht und Antrag betreffend Mehr Bus für Neuhausen am Rheinfall (Angebotskonzept 2030 der vbsh) inkl. Kommissionsbericht.

Noch nicht verhandlungsbereit.

Die Sitzung ist geschlossen.

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 24. September 2026 statt.



Roland Müller
Präsident



Barbara Zanetti
Aktuarin